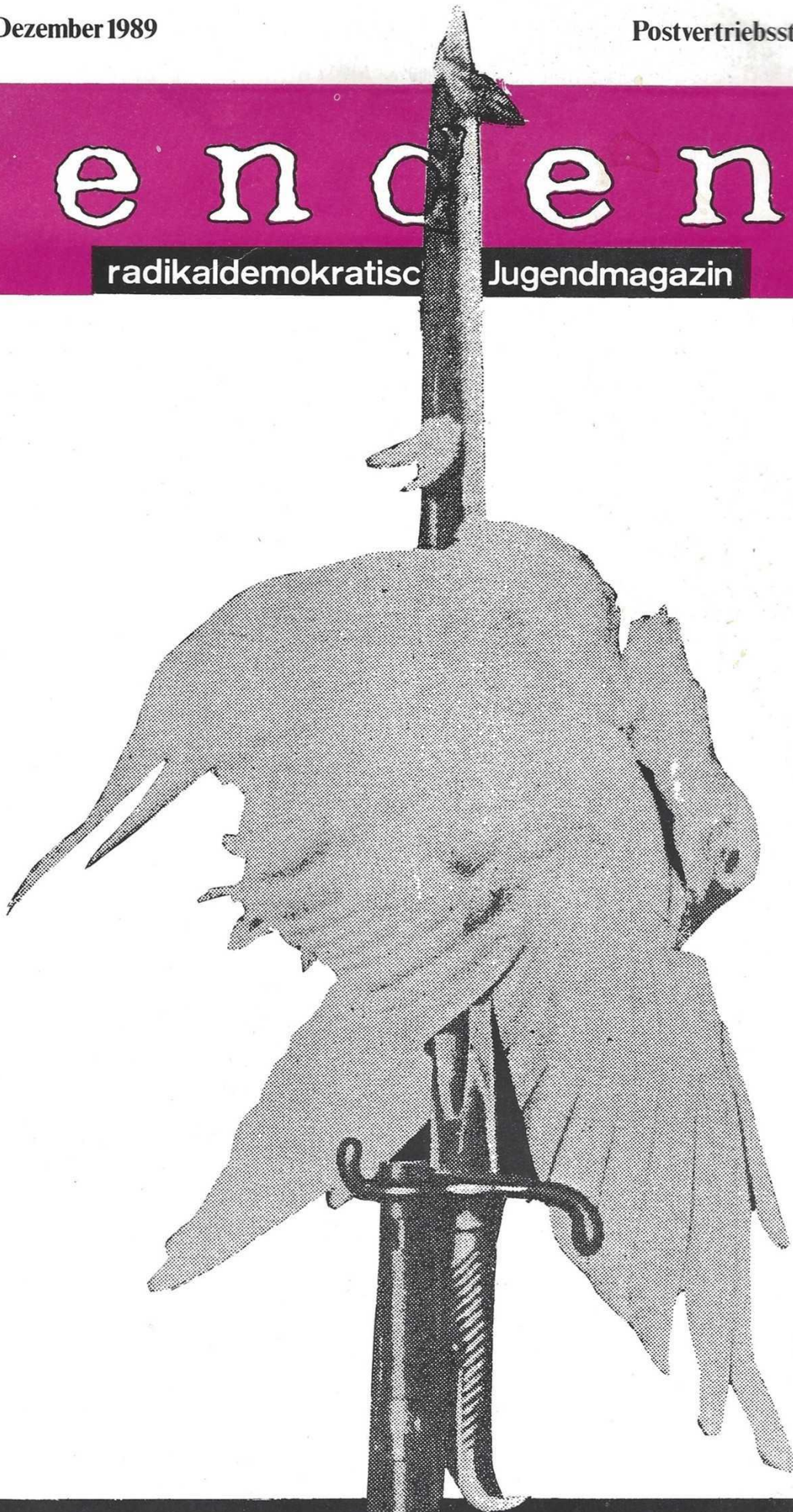


t e n o e n z

radikaldemokratisches Jugendmagazin



Niemals wieder!

FARBE BEKENNEN! DEN WAHLKAMPF DER SANDINISTEN

IN NICARAGUA UNTERSTÜTZEN

Am 25. Februar 1990 werden in Nicaragua **Präsidenten- und Parlamentswahlen** stattfinden. Die in der U.N.O. (Union Nacional Opositora) zusammengeschlossenen Rechtsparteien werden für diese Wahlen jede nur erdenkliche Unterstützung der finanzkräftigen "Demokraten" aus **Washington, Miami und Berlin** erhalten. Die FSLN braucht deshalb die Unterstützung und materielle Hilfe der internationalen Solidaritätsbewegung für ihren Wahlkampf gegen Rechts.

Das Ende der 40-jährigen Diktatur Somozas war der Anfang eines revolutionären Prozesses in Nicaragua, den die Bevölkerung mit Tausenden von Toten in den letzten Jahren gegen die Contra verteidigt hat. Eine **ruinierte Wirtschaft** und internationaler Boykott sind der Preis für Nicaraguas Versuch, sich von **imperialistischer Ausbeutung** und **Unerbückung** zu befreien, und sich dem US-Einfluß zu entziehen.

Es ist der **sandinistischen Revolution** gelungen, eine Agrarreform und eine Alphabetisierungskampagne durchzuführen, ein Erziehungs- und Gesundheitswesen für die Armen aufzubauen, die Bevölkerung für ihre eigenen Interessen zu organisieren und Formen direkter Demokratie zu entwickeln. Nachdem die US-Strategie, die sandinistische Revolution durch den **Contra-Krieg**

zu zerstören, gescheitert ist, versucht die Regierung der Vereinigten Staaten nun, ihrem Ziel auf politischem Wege näher zu kommen. Mit dem Aufbau des Parteienbündnisses U.N.O. ist es den USA gelungen, die Contra in ein nationales Oppositionsbündnis zu integrieren. Mit offenen und verdeckten Aktionen arbeiten die USA nun an der **legalen Machtübernahme der Contra** bei den Wahlen.

Am 29.6.89 ermächtigte der US-Kongreß den CIA, verdeckte Aktionen während des Wahlkampfes durchzuführen und verabschiedete 3,5 Mio US-Dollar zur Unterstützung der rechten Oppositionsparteien. Das CIA-nahe National Endowment for Democracy kanalisiert diese Gelder, baut damit

verdeckte und offene Parallelstrukturen zum Obersten Wahlrat auf und führt den Wahlkampf der Rechten.

Die **Bundesregierung** boykottiert die sandinistische Revolution seit langem. Bereits die sozial-liberale Koalition stellte 1982 die **Entwicklungshilfe** ein, die Wende-Regierung fror sie endgültig ein.

Während sie in klarer Übereinstimmung mit den USA immer neue Beweise der "Demokratisierung" von den Sandinisten verlangt, folgt sie erneut der US-Strategie. Die parteinahen Stiftungen der Regierungskoalition sponsern über "entwicklungspolitische Vorhaben" mit Geldern der Bundesregierungen das politische Umfeld des Rechtsbündnisses U.N.O.. Die CDU-nahe **Adenauer-Stiftung** transferiert seit Jahren Gelder an die "Innere Front" der Contra, wie den Unternehmerverband COSEP und dessen Mitgliedsorganisationen, parteinahe Institute der Christdemokraten, die gelbe Gewerkschaft CTN, den Contra-Freund Obando y Bravo und dessen Infrastruktur sowie die Menschenrechtsorganisation der Opposition CPDH. Ein Großteil der **Günstlinge der CDU** gehörten zum derzeitigen Unterstützernetz der U.N.O., über die die US-Regierung und ihr nahestehende Einrichtungen die verdeckte Wahlhilfe an den Rechtsblock kanalisieren.

F A R B E B E K E N N E N



S P E N D E T F Ü R D I E F S L N

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Sonderkonto FSLN 962 001,
Stadtparkasse Wuppertal,
BLZ 330 500 00 (Spendenquittung nicht möglich)

Die Wahl zwischen der FSLN und dem Rechtsbündnis U.N.O. ist die Wahl zwischen Revolution und Konterrevolution.

Adelante e. V. • Alternative Liste West-Berlin • Arbeitskreis Nicaragua Bremer Gewerkschafter • ASTA FU West-Berlin • ASTA TU West-Berlin • Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Frankfurt • ATEs, Bremen • Autorenkollektiv Coco Piranhas, West-Berlin • Bundesarbeitsausschuß der SDAJ • Bundesvorstand Die Grünen • Bremer Nicaragua Bündnis • Christliche Initiative Romero, Münster •

Der andere Buchladen, Köln • DKP, Parteivorstand • Dritte Welt – AIB, Marburg • Freunde Martin Niemölers – Hospital Granada e.V., West-Berlin • Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal • Informationsstelle Lateinamerika, Bonn • Lateinamerika-Nachrichten/FDCL, West-Berlin • Mittelamerika Komitee, Münster • Nicaragua Hilfe Bonn • Nicaragua Komitee West-Berlin • Nicaragua Verein Hamburg • Nicaragua

Initiative der UNI Hamburg • Nicaragua Komitee Hamburg • Nicaragua Koordination Köln • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München • Puerto Morazan e.V., Oberhausen • Redaktion Barricada Internacional, Bonn • Verein Städtesolidarität Bremen-Corinto • VVN-Bund der Antifaschisten, Hamburg • Verein Monimbó, Dietzenbach • Nicaragua Arbeitskreis der DGB-Jugend Hessen

Veränderungen in der Redaktion (Thomas Hetzer ist vom Amt des Chefredakteurs zurückgetreten), die innerverbandlichen Wirren der Jungdemokraten (3 Bundesvorsitzende in einem Jahr), das teilweise gespannte Verhältnis der einen oder des anderen zum Verbandsorgan, die Diskussion über ein neues tendenz-Konzept oder das Einstellen der Zeitung - all das hat seinen Teil dazu beigetragen, daß es mit tendenz diesmal etwas länger gedauert hat. Gedankt sei an dieser Stelle Thomas Hetzer. Sein Rücktritt ist ein schwerer Verlust, doch wir trösten uns damit, daß er tendenz zumindest als Autor erhalten bleiben wird. Wie es 1990 mit tendenz weitergehen wird, ist noch nicht entschieden, auf jeden Fall wünschen wir erstmal eine (hoffentlich) interessante Lektüre dieser Ausgabe.

Wollte man alle wichtigen Ereignisse seit dem Erscheinen der letzten tendenz im vergangenen März in dieser tendenz aufgreifen, müßte man wohl die Ausgabe als Buch herausbringen: das Massaker in China; Honecker, Schiwkoff, Jakes und auch der Verbrecher Ceausescu gestürzt; Alexander Dubcek Parlaments-, Václav Havel Staatspräsident in der CSSR; Rudi Bahro spricht auf einem SED-Parteitag und Wolf Biermann tritt in Leipzig auf - das Modell eines "Kasernenhofsozialismus" ist endgültig gescheitert. Nicht vergessen darf man den Überfall der USA in Panama, auch wenn er Kontinuität aufzeigt: Bombardierung von Tripolis, Einfall in Grenada u.a. der USA unter Reagan und jetzt unter Bush Panama - es gehört wohl zum Ambiente eines amerikanischen Präsidenten andere Länder zu bedrohen, zu terrorisieren oder zu überfallen ... Für uns bleibt antiimperialistische Solidaritätsarbeit weiter Notwendigkeit.

Lange konnte nicht mehr so ausgelassen deutschgetümmelt werden wie in diesen Tagen. Dabei hat Hermann L. Gremliza, KONKRET-Herausgeber, recht: "Was denn hätte die Geschichte lehren können, wenn nicht dies: daß man besser in Deckung geht, wenn Deutsche Deutsche wg. erwiesenen Deutschseins umarmen." Wir werden jedenfalls auch weiterhin gegen Einheitsgedusel und deutsches Großmachtsstreben eintreten.

In diesem Sinne ein kämpferisches 1990

Die Redaktion

Inhalt

LESERBRIEFE 4

TITEL

Ein Menschenrecht:
Kriegsdienstverweigerung 5

Charlie Chaplin:
Rede gegen Intoleranz 8

DEBATTE

Jungdemokraten - partei-
unabhängig und GRÜNnah? 9

Anmerkungen zur
GRÜNEN Jugendpolitik 11

GESCHICHTLICHES

70 Jahre Jungdemokraten 12

INTERVIEW

DDR in Bewegung 14

BUCHTIP

Gorbilogie statt Gorbimanie 18

Keine rosige Zukunft:
Jugendliche in Polen 18

DIT & DAT 20

Schwule in der BRD 21

AIDS? Alles (un)klar! 22

Roma und Sinti:
Das falsche Wort 25

StudentInnenbewegung:
Türen öffnen! 27

MSB - Thesen (Dokument.) 28

Aufruf zu Perspektivkon-
greß 30

BÜCHER

200 Jahre französische
Revolution 31

TENDENZ ist die Zeitschrift der Jungdemokraten und der Radikaldemokratischen Studentengruppen.

Herausgeber sind der Bundesverband und die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz der Jungdemokraten sowie die Radikaldemokratischen Studentengruppen (RSG).

TENDENZ ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Junge Presse Nordrhein-Westfalen (AGJPNW).

Redaktion dieser Ausgabe: Marion Mück-Raab (V.i.S.d.P.), Pascal Beucker.

Verlags- und Redaktionsanschrift: Deutsche Jungdemokraten, Bundesverband, Liberaler Jugendver-

band e.V., Reuterstraße 44, 5300 Bonn, Tel.: (0228) 21 09 52.

Es gilt die Anzeigenpreisliste von August 1989.

Druck: Druckladen Bonn.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Zum Leserbrief von Heinz Mutter in Tendenz 1/89 und Sebastian Engelbrecht

Ideologische Leitsätze aus dem Konfirmandenunterricht nachzukäuen, bedeutet keineswegs, "richtig" informiert zu sein:

Die sich seit 1800 Jahren selbst diffamierende Kirche wurde nicht von IHM gegründet; ER ist auch nicht Gründer des Christentums, sondern Propaganda-Paul(us). Überdies sind 99 Prozent der Dogmen ebenso nicht auf IHN/SIE oder eine(n) von den DREIEN zurückzuführen. Als "betroffener" alter DPSGler und Ministrant möchte ich Dir als Einstiegslektüre die Werke des Theologen und Kirchenkritikers Karlheinz Deschner an den Kopf legen.

Die beschworene Toleranz gegenüber Glaubensüberzeugungen gilt bei den maßgeblichen Gläubigen seit eh und je nur den Linientreuen. Der einstige Dekan der katholischen Fakultät der Universität Wien beispielsweise, Hubertus Mynarek, wurde ganz locker nach 15 Prozessen um seine Professur und sein Haus gebracht. "Misereor" oder "Brot für die Welt" sind nicht DIE KIRCHE! Lüge und Schwachsinn der ALLEIN-VERKÜNDENDEN muß angreifbar sein, wenn Menschen durch die "Wahrheit" (§ 218 zum Beispiel) in Leid und, schlimmer noch, in den Tod getrieben werden. Es ist eine Sache, Aktionär von DOW CHEMICALS zu sein, eine andere, hinterfotzig gegen Empfängerhütung zu hetzen oder Napalm-Einsätze segnen zu lassen (DOW CHEMICALS ist Napalm-Lieferant). Wer unangenehme Tatsachen ausklammern möchte, unterscheidet sich DE FACTO in nichts von den Stammtischpolitikern, die ab und zu schwafeln: "...aber die Arbeitslosen hat er von der Straße gebracht, ... da konnten Frauen nachts noch spazieren gehen etc."

Die Kirche war noch nie freiwillig tolerant. Selbst Neugeborene werden durch die nicht-christliche Taufe Zwangsmit-

91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe
91911d1929 / Leserbriefe

glied einer konfessionellen Gemeinschaft mit allen rechtlichen Konsequenzen: Macht der Säugling eine Erbschaft, wird er sofort kirchensteuerpflichtig! Hier beginnt die "Bevormundung", Herr Engelbrecht. Der Mensch wird verpflichtet zu glauben, bevor er zu denken anfängt, und dann muß er nachbeten, was die Kirche lehrt! Ich meine, Liberalität ist erst gegeben, wenn keine konfessionelle Mitgliedschaft vor der Volljährigkeit erzwungen wird. Bislang jedoch sind Mafia und Ku-Klux-Klan liberaler!

Mit aufgeklärten Grüßen
Peter Jung, Stuttgart

zu den Briefen an Tendenz 1/89, S. 5

Es ist ja rührend zu lesen, wie eifrige Theologen ausgerechnet bei den Jungdemokraten eine zu missionierende Zielgruppe entdeckt haben. Als angejahrter Judo (Beitritt 1972) konnte ich allerdings feststellen, daß die Jungdemokraten niemals Kirche und Religion gleichgesetzt haben, wie dies die leserbriefschreibenden Herren Nachwuchspastoren unterstellen. Nach Auffassung jedes rational denkenden Menschen ist die Frage, ob ein Gott existiert, von vornherein müßig, weil seine Existenz weder beweisbar noch widerlegbar ist, sondern als Hypothese offenbleibt. Daher sind Gottgläubige zu respektieren, jedoch dürfen diese nicht so tun, als seien sie im Besitz einer Wahrheit.

Eben letzteres ist aber eine notwendige, wenn auch noch nicht hinreichende Bedingung für den (rational nachvollziehbaren) Verbleib in der Organisation Kirche. Mindestvoraussetzung sind daneben der Glaube an

einen personalen Gott (und nicht nur eine abstrakte höhere Kraft), an Jesus als Sohn dieses Gottes (und nicht nur als mehr oder minder bedeutenden Menschen), an ein Leben nach dem Tode und schließlich der Glaube an eine "göttliche Inspiration" bestimmter Schriften, die im sog. "Neuen Testament" zusammengefaßt sind. Wer an all das nicht oder nur zum Teil glaubt, ist schon deshalb in der Kirche fehl am Platze, weil er deren "Vereinssatzung" nicht erfüllt. Eine Übereinstimmung mit emanzipatorischen Forderungen von linkschristlichen Gruppen ist noch lange kein Grund zum Kirchenverbleib. Das gleiche kann man auch außerhalb der Kirche fordern und vertreten - mit einem Unterschied: Dort kann man auch die Ablehnung der immensen materiellen Privilegien der Kirchen in der BRD glaubhaft zum Ausdruck bringen.

Gerhard Rampp, Bund für Geistesfreiheit (bfg) Augsburg

noch 'n Leserbrief

Mir kamen fast die Tränen, als ich die Leserbriefe im letzten Tenden zu Gesicht bekam.

Da jammern doch die Christen in Reihe, wie schlecht sie von den JungdemokratInnen behandelt würden, und weisen auf ihre hervorragende Rolle in der Hilfe für andere hin. Was aber ist seit fast 2000 Jahren der Fall?

Das Christentum - entstanden aus einer "ketzerischen" Abspaltung des Judentums, welches wiederum entstanden war aus den Phantasien von Hirten in der arabischen Wüste (übrigens im Märchen- und Geschichtsbuch "Bibel" nachzulesen) - ist von Anfang an geprägt von Besserwisserei und

Fanatismus. Sobald die Christen irgendwo den Zipfel von Macht auf politischem oder/und ökonomischen Gebiet erspäht haben bzw. hatten, klammerten sie sich dran und begannen, alle Andersdenkenden zu bekämpfen, zu verfolgen, auszurotten. Dies begann schon bei Herodes und endete bis heute unter Paul dem xten, den Orthodoxen, den Reformierten, den Unierten usw. nicht.

Die christlichen Kirchen stehen noch immer für Intoleranz und Bigotterie (allerdings nicht nur sie alleine, sondern - zumindest - auch alle anderen monotheistischen Religionen). Sie wollen ihre durch "Erscheinungen" und alte Männer mit ihren verklemmten Phantasien zusammengetragenen Werke, wo immer sie's können, allen anderen Menschen aufschwätzen oder aufzwingen. Sie versuchen, ihre Denk- und Verhaltensweisen derart ins Innere der Menschen zu plazieren, daß diese glauben, es sei aus ihnen selbst erwachsen oder "natürlich"; dies ist dann das Opium des Volkes, das den Kampf um das menschliche Glück auf dieser Erde in ein angeblich vorhandenes Jenseits verdrängt.

Die JungdemokratInnen tun gut daran, wenn sie immer wieder gegen derartige Ideologien angehen, wenn sie Menschen zu eigenem Denken und Forschen anregen.

Die JungdemokratInnen sind auf dem richtigen politischen Weg, wenn sie erkannt haben, daß ein Mensch in einer hoffentlich Spaß machenden Vögelei zwischen 'nem Mann und 'ner Frau entsteht und nach einem hoffentlich glücklichen Leben irgendwann wieder zu Staub im Rahmen der anderen Materie vergammelt. Alle religiös-ideologischen Gespinste drumherum wollen nur bestehende Machtverhältnisse und Ungerechtigkeiten festigen oder neue Gruppen und Männer zur Macht bringen. Und wer sich dagegen nicht wehrt, lebt verkehrt!

*Dietmar W. Alt, Heidelberg
Handschreiben*

Kriegsdienstverweigerung

Ein Menschenrecht

Die Verweigerung des Kriegsdienstes ist so alt wie der Zwang zum Kriegsdienst. Wann immer ein Mensch dazu gezwungen wird, sein Leben für fremde Interessen zu riskieren, ist die älteste, natürlichste und vernünftigste Reaktion die Flucht vor diesem Zwang, die Desertion.

Nun ist zwar jeder Deserteur ein Kriegsdienstverweigerer, die Gründe für seine Verweigerung können allerdings sehr vielfältig sein. Er lehnt nicht notwendigerweise den Kriegsdienstzwang oder den Krieg oder ein konkretes militärisches Unternehmen ab und muß noch nicht einmal glauben, sein Schritt sei grundsätzlich für sich oder andere gerechtfertigt.

Etwas weitergehendes ist es, wenn Menschen den Kriegsdienst generell oder situationsbedingt verwerfen und diese Haltung propagieren und praktizieren.

Christliche Kriegsdienstverweigerer

Die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung aus weltanschaulicher Überzeugung setzt mit der Ausbreitung des Christentums im Römischen Reich ein. Frühe Christen mieden den Militärdienst, weil sie sich dem obligatorischen Kaiserkult nicht anpassen oder keine Gewalt anwenden wollten. Sobald das Christentum Staatsreligion geworden war, konnten mit dem Konzept des "gerechten Krieges" christliche Vorbehalte gegen Gewalt und der Kriegsdienst miteinander vereinbart werden. Im Mittelalter schuf die Feudalisierung einen abgeschlossenen elitären Kriegerstand, so daß sich mangels Zwang zum Kriegsdienst die Verweigerung erübrigte. Die Kirche fand einen bequemen Weg, die Gewaltlosigkeitsvorschriften ihrer Religion mit ihrem Herrschaftsinteresse zu versöhnen. Den Priestern wird - auch heute noch - das Privileg gegönnt, vom

Kriegsdienst befreit zu sein, das niedere Volk, ob gläubig oder ungläubig, wird mit priesterlichem Segen zwangsweise in die Kasernen und auf die Schlachtfelder geschickt (oder - in einer modernen Variante - in einer kirchlichen Zivilersatzstelle ausgebeutet).

In einigen mittelalterlichen Sekten lebte der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung weiter. In der Neuzeit ging bis ins 20. Jahrhundert hinein der dauerhafteste und zahlenmäßig bedeutsamste Widerstand gegen den Kriegsdienstzwang von nonkonformistischen christlichen Gruppierungen aus, wie den Mennoniten, Hutterern und Quäkern im protestantischen Bereich und den Duhoborcy (Duchoborzen) und den Tolstojanern in Rußland. Im Ersten Weltkrieg stellten Adventisten einen hohen Anteil der Verweigerer in deutschen Gefängnissen, und heute werden Zeugen Jehovas in einer Reihe von Ländern, zum Beispiel Italien und Griechenland, zu Hunderten inhaftiert.

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Die Verweigerung des Militärdienstes blieb bei den christlichen Sekten eng auf die eigene Glaubensgemeinschaft begrenzt. Ein allgemeines Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ungeachtet der religiösen Überzeugung forderten sie nicht, so daß zum Beispiel die Mennoniten dort, wo sie nicht vertrieben wurden, das Privileg der Befreiung vom Kriegsdienst aushandeln konnten und die staatliche Ordnung nicht in Frage stellten.

Zentraler Punkt des christlichen Vorbehalts gegenüber Kriegsdienst ist das Tötungsverbot, wonach Christen erklären, mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren zu können, andere zu töten, und eher selbst Unterdrückung und Tod zu erleiden, als ihrem Gewissen zuwiderzuhandeln. Elementar für diese vordergründig altruistische Argumentation, die sich im Kern auch heute westdeutsche Kriegsdienstverweigerer zu eigen machen müssen, um von den



Gewissensprüfern anerkannt zu werden, ist die Betonung des Tötens anderer.

Der Kriegsdienstzwang beinhaltet, das Recht des Staates, über das Leben seiner Untertanen zu bestimmen, denn Soldaten töten nicht nur, sie werden auch getötet. Ihr Recht aufs eigene Leben, ohne das alle anderen Rechte hinfällig sind, wird damit beseitigt. Aber daß ein Mensch aus Interesse an seinem eigenen Überleben und seiner Freiheit sich dem Kriegsdienstzwang widersetzt, gilt bis heute als irrelevant und illegitim. Kein Wunder, denn noch immer wird gepredigt, daß einzelne sich auch abstrakten Werten wie Staat, Religion und Ideologie, hinter denen sich immer ein Herrschaftsinteresse verbirgt, unterordnen und für sie aufopfern sollen.

Die Levellers

Die im Englischen Bürgerkrieg 1642 - 1648 entstandene frühliberale Bewegung der Levellers bemühte sich, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verfassungsmäßig gegen den Staat abzusichern. Sie wollten dem Parlament die Macht nehmen, "irgendeinen Menschen zu pressen und zu zwingen, in Kriegen zu dienen, wobei es nichts gibt, was der Freiheit mehr entgegengesetzt ist¹. Artikel 11 ihres Verfassungsentwurfs An Agreement of the Free People of England vom 1. Mai 1649 sah vor, daß der Staat niemanden zu Kriegsdienst zu Wasser oder zu Land zwingen dürfe, das Gewissen jedes einzelnen sollte "über die Gerechtigkeit der Sache, für die er sein eigenes Leben riskiert oder andere zerstören könnte"² entscheiden. Einige Levellers wandten sich auch gegen den kolonialen Unterwerfungskrieg Oliver Cromwells gegen Irland, nicht wegen der mit Krieg verbundenen Gewalt, sondern weil Freiheit und Selbstbestimmung der Iren verletzt würden.

Die Quäker, in derselben politisch-religiösen Subkultur wie die Levellers entstanden, bewahrten auch nach dem Ende der Englischen Revolution die Idee der Verweigerung des Kriegsdienstes. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts standen die Quäker am Beginn der heutigen Kriegsdienstverweigerungsbewegung.

Die totalitäre Demokratie

Die Französische Revolution erwies

sicht trotz ihrer Erklärung der Menschenrechte bezüglich des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als verheerender Rückschlag. Das revolutionäre Frankreich beschloß 1792 als erster Staat, die Kriegsdienstpflicht in der modernen Form einzuführen. Ausschlaggebende Leitidee wurde mitnichten Schutz des Individuums gegenüber dem Staat, sondern die totale Vereinahmung durch den Staat. Waren Kriege zuvor primär Angelegenheit der Fürsten, ihrer aus logistischen und finanziellen Gründen zahlenmäßig begrenzten Heere und ihrer Opfer, erklärte der im Hinblick auf den Kriegsdienstzwang totale Machtstaat im Zeichen des Nationalismus jeden Mann nicht nur zum Bürger, sondern gleichzeitig zum Soldaten. Obwohl noch unter Napoleon zehntausende eines Jahrgangs desertierten, bewährte sich Frankreichs neues Kriegsführungsinstrument so sehr, daß innerhalb weniger Jahre die Staaten Kontinentaleuropas gleichfalls dazu übergingen, regelmäßig das nachwachsende Menschenfleisch als preiswertes Kanonenfutter zu ernten. Die Kriegsdienstpflicht und die nationalistische und militaristische Indoktrination der Massen stützten sich gegenseitig. Die Heere wurden gewaltig aufgebläht, die Kriege totaler. Der verlogene Ausdruck "Wehrpflicht" ist übrigens eine deutsche Besonderheit. Im Englischen blieb es bei conscription (von lat. conscribere = zusammenschreiben, ein Hinweis auf das zur Kriegsplanung erforderliche Erfassungs- und Volkszählungswesen), im Niederländischen heißt es schlicht dienstplicht, im Russischen offen vôinskaja objázannost, also Kriegspflicht.

Die Friedensgesellschaften

Im 19. Jahrhundert entstanden zunächst in Großbritannien und den USA unter maßgeblicher Beteiligung von Quäkern Friedensgesellschaften. Die 1838 ins Leben gerufene New England Non-Resistance Society bekannte sich zur Gewaltlosigkeit und zur Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegssteuern. In den angelsächsischen Ländern, wo sich der Kriegsdienstzwang nicht permanent durchsetzen

konnte, war diesbezüglich die Sensibilität am größten, während die führenden kontinentaleuropäischen Pazifisten, namentlich die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), erzwungene Vaterlandsverteidigung bejahten und sich Frieden von einer internationalen Rechts- und Interessengemeinschaft der Staaten, von Schiedsgerichtsbarkeit und Rüstungsbeschränkung erhofften; der DFG-Mitgründer Alfred H. Fried verurteilte Kriegsdienstverweigerung sogar als "das furchtbare Verbrechen des Vaterlandsverrates"³.

Die Arbeiterbewegung

Die marxistische Arbeiterbewegung, sowohl die Gründerväter als auch Sozialdemokraten und Leninisten, wollte Militär und Zwangskriegsdienst für ihre Zwecke einsetzen, bestenfalls reformieren, keineswegs etwa abschaffen. Die SPD befürwortete Volksbewaffnung und Wehrpflicht und schätzte sowohl militärische Disziplin als auch Parteidisziplin und Fabrikdisziplin. Vorschläge, den Beginn eines Krieges mit Generalstreik und damit massenhafter Kriegsdienstverweigerung zu beantworten, stießen am Vorabend des Ersten Weltkriegs bei der SPD auf energische Ablehnung. Im Gegensatz dazu propagierten besonders niederländische Anarchosyndikalist, deren Freiheitsvorstellungen die militärische Zwangsarbeit an sich widersprach, Kriegsdienstverweigerung zusammen mit Boykott, Arbeitsverweigerung, Sabotage und Ungehorsam als revolutionäres und gewaltfreies Kampfmittel gegen Krieg, Staat und Kapitalismus.

Der Erste Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg schlossen sich britische Verweigerer unterschiedlicher weltanschaulicher Orientierung in der No Conscription Fellowship (NCF) zusammen. Ungefähr 16000 Männer verweigerten den Militärdienst; etwa 6000 Totalverweigerer, damals Absolutisten genannt, die auch Ersatzdienste ablehnten, wurden zu Gefängnis verurteilt, häufig auch mehrfach. Zehn von ihnen starben in der Haft, 59 unmittelbar nach der Entlassung, meist an Schwindsucht. In den USA verweigerten 60000, darunter 4000 Absolutisten, in anderen Staaten nur wenige. In Deutschland wurden die Kriegsdienstverweigerer in Gefängnisse gesteckt, für verrückt er-

klärt oder erschossen.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner

Nach dem Massenmorden des Ersten Weltkriegs gründeten Antimilitaristen 1921 eine internationale Dachorganisation, die seit 1923 den Namen War Resisters' International (WRI, Internationale der Kriegsdienstgegner) trägt. Die Grundsatzklärung der WRI lautet in ihrer heutigen Form: "Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."⁴

Die WRI befürwortet ausdrücklich die Kriegsdienstverweigerung als individuelle Selbstabrüstung.

Dem Beispiel Großbritanniens folgend, das auch zwischen den Weltkriegen Zentrum der organisierten Kriegsdienstverweigerung war, führten einige Länder wie die Niederlande, die skandinavischen Staaten und die Sowjetunion mehr oder weniger, beschränkte Möglichkeiten für Ersatzdienste ein.

Faschismus und Zweiter Weltmassenmord

In Deutschland, dem - leider nur vorübergehend - in weiser Voraussicht von den Siegermächten das Kriegsführungsinstrument Kriegsdienstpflicht genommen war, gewann der antimilitaristische oder radikale Pazifismus oder Jungpazifismus gegenüber dem verweigerungsfeindlichen Pazifismus an Boden, aber sowohl DFG als auch der Bund der Kriegsdienstgegner (BdK) konnten sich gegen den militaristisch-nationalistischen Wahnsinn nicht durchsetzen und wurden bald von den Nazis zerschlagen. Die deutsche Mordmaschinerie fiel kurz darauf über Österreich und die Tschechoslowakei her, und am 1. September begann sie das größte Gemetzel der Weltgeschichte. Trotz grausamster Unterdrückung verweigerten im Zweiten Weltkrieg mehrere Tausend Deutsche, darunter viele Zeugen Jehovas, den Dienstantritt und mehr als 100000 Menschen desertierten aus den deutschen Mörderbanden. Der Faschismus war für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung ein doppelt schwerer Schlag.

Einerseits verherrlicht keine andere Ideologie so sehr Gewalt, Krieg, Verfolgung und Ermordung von Menschen und die Versklavung des einzelnen.

Nichts ist dem Faschismus so sehr entgegengesetzt wie Pazifismus und Kriegsdienstgegnerschaft; entsprechend konsequent war die Unterdrückung durch die Faschisten.

Andererseits bewog gerade die Gefahr des Faschismus etliche Pazifisten, sich vor allem unter dem Eindruck des Spanischen Bürgerkriegs schweren Herzens für den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus und für die Verteidigung von Demokratie oder Revolution in Spanien zu entscheiden.

Gernot Lennert

(1) *Petition vom 11.09.1648, in: Leveller Manifestoes of the Puritan Revolution.* (Don M. Wolfe Hg.) New York u. a. 1944 S. 287, und in: *Freedom in Arms. A Selection of Leveller Writings.* (A. L. Morton Hg.) Ost-Berlin 1975 S. 190

(2) *Freedom on Arms* S. 271 f.

(3) zitiert nach: Guido Grünewald: *Geschichte der Kriegsdienstverweigerung. Ein Beitrag zur Friedenspolitik.* Essen 1979 (DFG-VK Extra 4) S. 5.

(4) zitiert nach Friedlicht, dem Informationsblatt der DFG-VK Mainz. *Heutige westdeutsche Sektionen der WRI sind die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), die Graswurzelrevolution - Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) und die vorwiegend im Raum Hamburg aktive DFG-IDK. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) ist assoziiertes Mitglied.*

KDV-Broschüre

Viel Wirbel gab es um die gemeinsame Erklärung der IG Metall und der DFG-VK zur Kriegsdienstverweigerung. Wer sich sachkundig machen möchte, was der konkrete Inhalt der Informationskampagne ist oder gar ein excellentes Material für die KDV-Beratung benötigt, sollte sich schnellstens den Ratgeber "Für eine andere Zukunft - Kriegsdienst verweigern" besorgen. 80 Seiten kosten 6 DM. Zu beziehen ist sie bei der IG Metall, Abt. Jugend, Wilhelm-Leuschner-Straße 75-85, 6000 Frankfurt/Main 1.

Widerstand
und Gesundheit
in Südafrika

Women's Health and Apartheid



The Health of Women and Children and the Future of Progressive Primary Health Care in Southern Africa

medico international

GESUNDHEIT UND WIDERSTAND IN SÜDAFRIKA

Das Standardwerk, das den inhaltlichen Zugang zur sozialen Realität im südlichen Afrika eröffnet:

Die vorliegende Dokumentation eines aktuellen Workshops der Gesundheitsarbeiter der Region macht vor allem eines deutlich:

Die Frauen sind die Hauptträger des Primary Health Care Concepts (PHC) - und auch die am meisten davon Begünstigten. Südafrika ist nicht nur Schwarz-Weiß, sondern dazwischen liegen: Mittel- und Unterschichten. Frauen und Männerkader, eine Vielfalt von realer Unterdrückung.

Daher redet die einzigartige Sammlung authentischer Praxisbeiträge auch umfassend von den gestaltenden »Subjekten«: Frauen.

Ihre Themen und Probleme bilden den Inhalt des Readers:

- **Gesunderhaltung und Ernährung der Familien**
- **Die Entscheidung des Krankheitsfalles**
- **Traditionelle oder europäische Biomedizin**
- **Die Ökonomie der schwarzen weiblichen Arbeitskraft u. v. a.**

Deutsche Einführung. Texte in englischer Sprache. 12,50 DM, 325 Seiten

Über den guten Buchhandel. Oder

medico international,
Obermainanlage 7,
6000 Frankfurt 1,
Tel. 069 / 4990041 / 2



Es tut mir leid, aber ich will kein Kaiser sein. Das ist nicht meine Sache. Ich möchte niemanden beherrschen und niemanden bezwingen. Es ist mein Wunsch, einem jeden zu helfen - wenn es möglich ist - sei er Jude oder Nichtjude, Weißer oder Schwarzer.

Wir alle haben den Wunsch, einander zu helfen. Das liegt in der Natur des Menschen. Wir wollen vom Glück des Nächsten leben - nicht von seinem Elend. Wir wollen nicht hassen und uns nicht gegenseitig verachten. In dieser Welt gibt es Raum für alle, und die gute Erde ist reich und vermag einem jeden von uns das Notwendige zu geben.

Wir könnten frei und anmutig durchs Leben gehen, doch wir haben den Weg verloren. Die Gier hat die Seelen der Menschen vergiftet - sie hat die Welt mit einer Mauer aus Haß umgeben - hat uns im Stehschritt in Elend und Blutvergießen marschieren lassen. Wir haben die Möglichkeit entwickelt, uns mit hoher Geschwindigkeit fortzubewegen, doch wir haben uns selbst eingesperrt. Die Maschinen, die uns im Überfluß geben sollten, haben uns in Not gebracht. Unser Wissen hat uns zynisch, die Schärfe unseres Verstandes hat uns kalt und lieblos gemacht. Wir denken zuviel und fühlen zuwenig. Dringender als der Technik bedürfen wir der Menschlichkeit. Güte und Sanftmut sind wichtiger für uns als Intelligenz. Mit dem Verlust dieser Eigenschaften wird das Leben immer gewalttätiger, und alles wird verloren sein.

Das Flugzeug und das Radio haben uns einander nähergebracht. Das innerste Wesen dieser Dinge ruft nach den guten Eigenschaften im Menschen - ruft nach weltweiter Brüderlichkeit - fordert uns auf, uns zu vereinigen. In diesem Augenblick erreicht meine Stimme Millionen von Menschen in der ganzen Welt - Millionen verzweifelter Männer, Frauen und kleiner Kinder -, die die Opfer sind eines Systems, das den Menschen dazu bringt, Unschuldige zu quälen und in Gefängnisse zu werfen. Denen, die mich hören können, rufe ich zu: "Verzweifelt nicht!" Das Elend, das über uns gekommen ist, ist nichts als Gier, die vorübergeht - die Bitterkeit von Menschen, die den Fortschritt der Menschen fürchten. Der Haß der Menschen wird aufhören, Diktatoren werden sterben, und die Macht, die sie dem Volk genommen haben,

Charlie Chaplin: Rede gegen Intoleranz

wird an das Volk zurückgegeben werden. Solange Menschen sterben, kann die Freiheit niemals untergehen.

Soldaten! Unterwerft euch nicht diesen Gewalttätern, die euch verachten und versklaven, die euer Leben in starre Regeln zwingen und euch befehlen, was ihr tun, was ihr denken und was ihr fühlen sollt! Sie drillen euch, sie pöbeln euch auf und behandeln euch



Charles Spencer Chaplin wäre 1989 100 Jahre alt. Er wurde am 16.4.1889 in London geboren und starb im Alter von 88 Jahren am 25.12.1977 in der Schweiz. In der Zwischenzeit drehte er er rund 85 Filme. Der hier dokumentierte Text stammt aus seinem 1938/40 gemachten Film "Der große Diktator".

wie das Vieh, um euch schließlich als Kanonenfutter zu verbrauchen. Unterwerft euch nicht diesen Unmenschlichen - Maschinenmenschen mit Maschinengehirnen, Maschinenherzen. Ihr seid keine Maschinen! Ihr seid Menschen! In euren Herzen lebt die Liebe zur Menschheit! Haßt nicht. Nur der Ungeliebte kann hassen - der Ungeliebte, der Pervertierte!

Soldaten! Kämpft nicht für die Sklaverei! Kämpft für die Freiheit! Im siebzehnten Kapitel des Lukas-Evangeliums steht geschrieben, das Reich Gottes sei im Menschen - nicht in einem Menschen oder in einer besonderen Gruppe von Menschen, sondern in allen! In Euch! Ihr, das Volk, habt die Macht - die Macht, Maschinen zu erschaffen. Die Macht, Glück hervorbringen! Ihr, das Volk, habt die Macht, das Leben frei und schön zu gestalten - aus diesem Leben ein wunderbares Abenteuer werden zu lassen. Laßt uns also - im Namen der Demokratie - diese Macht anwenden - vereinigt euch! Laßt uns kämpfen für eine neue Welt, für eine gesittete Welt, in der jedermann die Möglichkeit hat, zu arbeiten, die der Jugend eine Zukunft und die dem Alter Sicherheit zu geben vermag.

Die Gewalttäter sind zur Macht gekommen, weil sie euch diese Dinge versprochen haben. Doch sie lügen! Sie halten ihre Versprechen nicht. Sie werden das nie tun! Diktatoren befreien sich selbst, aber sie versklaven das Volk. Laßt uns nun dafür kämpfen, die Welt zu befreien - die nationalen Schranken niederzureißen - die Gier, den Haß und die Intoleranz beiseite zu werfen. Laßt uns kämpfen für eine Welt der Vernunft - eine Welt, in der Wissenschaft und Fortschritt zu unser aller Glück führen sollen.

Soldaten, im Namen der Demokratie, laßt uns zusammen stehen! Hannah, kannst du mich hören? Wo auch immer du bist, blicke nach oben. Blicke auf, Hannah!

Die Wolken zerstreuen sich! Die Sonne bricht durch! Wir kommen aus der Finsternis in das Licht! Wir kommen in eine neue Welt - in eine freundlichere Welt, wo die Menschen sich über ihre Gier, ihren Haß und ihre Gewalttätigkeit erheben. Blicke empor, Hannah! Die Seele des Menschen hat Flügel bekommen, und nun endlich beginnt er zu fliegen! Er fliegt in den Regenbogen, in das Licht der Hoffnung. Blicke empor, Hannah! Blicke empor!

JUNGDEMOKRATEN parteiunabhängig und GRÜNNah?

“Ich habe vor zehn Jahren als Jüngste angefangen und bin heute immer noch die Jüngste”, zitiert der SPIEGEL Verena Krieger und füllte so die Sommerlochseiten mit dem Dauerbrünner, der Partei DIE GRÜNEN gingen die Jugendlichen aus. Ich bin jünger als Verena, und ich kenne mehr als ein weiteres grünes Mitglied, das es auch ist, mag sein, daß es daran liegt, daß ich seit Juni Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten bin.

Und als jener habe ich ein paar Worte an die grüne Basis zu richten, und zwar in grünen Jugendangelegenheiten, oder ehrlicher: in eigener Sache.

DIE GRÜNEN haben ein Problem: die Jugend bzw. eben keine. Zu dessen Lösung bieten sich verschiedene Konzepte an.

Variante 1: Die Jugendlobby in der Partei

Die Einen versuchen, den wunden Punkt der Grünen, die “Marktlücke” Jugendpolitik, zu schließen, indem sie eine Art Lobbypolitik für Jugendliche in der Grünen Partei betreiben mit dem Ziel, Jugendlichen den Einzug in Vorstände und Parlamente zu ermöglichen. Ob als eng an die Grünen gebundener Jugendverband à la JU/Julis oder als Arbeitsgemeinschaft in der Partei, der originär grüne Jugendverband ist im Grunde eine stinknormale traditionelle Partei Jugendorganisation, richtig realistisch ist es also.

Realistisch ist aber auch ihre abschbare Unattraktivität, den sie mit dem Nachwuchs anderer teilen wird. Die sind nämlich in der Krise, verlieren Mitglieder und jammern über die angebliche Entpölitisierung der Jugendlichen. Diese Organisatio-

nen kranken an ihrer Struktur und Arbeitsweise und bekommen den “Vertrauensverlust der Parteiendemokratie” hautnah zu spüren.

Die Jungen Grünen wurden den Ansprüchen an eine alternative Jugendstruktur

zwar keineswegs gerecht, stellten den GRÜNEN aber zumindest Wahlkampf an den Schulen und Zensurmöglichkeiten via Finanzen sicher. Eine solche Jugendorganisation ist nicht mehr als ein Transmissionsriemen für die Partei und läßt für Selbstorganisation von Jugendlichen wenig Raum.



Variante 2: Parteiunabhängig und grünnah

Weitaus weniger interessant als Karriere-sprungbrett sind da wir Jungdemokraten. Wir verstehen uns als parteiunabhängiger und radikal-demokratischer Jugendverband im grün-alternativen Spektrum. Die Krise der Jugendverbände hat uns bisher links liegen gelassen, wohl auch, weil die Schwelle, sich bei uns zu organisieren, niedriger ist, gerade weil wir politisch und organisatorisch selbständig sind.

Seit einigen Jahren arbeiten wir themen- und projektgebunden mit den GRÜNEN zusammen und betrachten sie als unseren Ansprechpartner im parlamentarischen Bereich. Wir würden uns freuen, wenn es von grüner Seite ein Pendant zu diesem Beschluß gäbe, in dem die Jungdemokraten als Ansprechpartner im Jugendbereich genannt wurden. Natürlich wissen wir, daß auch ein parteiunabhängiger Jugendverband, der sich auf DIE GRÜNEN bezieht, die Funktion erfüllt, potentielle Mitglieder in die Partei zu sozialisieren; sogar allemal besser als ein langweiliges, aber originär grünes Projekt es könnte.

Inzwischen hat an verschiedenen Orten das Gespenst eines grünen Nachwuchsverbandes Konturen angenommen. Mit diesen Gruppen stehen wir - auch wenn Zusammenarbeit möglich ist - objektiv in einer Konkurrenz-Situation: um Mitglieder desselben politischen Spektrums und um die "Gunst" derselben Partei, auch wenn sich die Konzepte unserer Arbeit und zum Teil unsere Inhalte deutlich unterscheiden.

GABA, d. h. der vor drei Jahren gestartete Versuch, mit geringem Organisationsgrad eine bundesweite Vernetzung von lokalen Gruppen im Grün-Alternativ-Bunt-Autonomem Spektrum herbeizuführen, hat sich als ein zum Scheitern verurteiltes Projekt erwiesen. Dies lag zum einen an der zwiespältigen Haltung der Jungdemokraten, die sich bei Beteiligung am GABA-Delegiertenrat plötzlich in ihre Kreisverbandsbestandteile zerlegt sahen und nie so recht warm damit wurden. Andererseits haben diejenigen, die sich von Anfang an in der Rolle des 1. Vorsitzenden des Grünen Jugendverbandes sahen, sich schnell wieder aus GABA zurückgezogen. Sie waren die beharrliche Auseinandersetzung mit alternativer Organisationsfähigkeit leid und gingen in

die (vorläufige) Diaspora Kieler und Berliner Provinzfürstentums. Von dort aus favorisieren sie jetzt eine "BAG Jugend", die "kleine Lösung", sprich: grüne Jusos minus innerverbandliche Demokratie.

Im Gegensatz dazu wollen wir nicht Teil der grünen Partei werden. Der Beschluß unserer Bundesdelegiertenkonferenz 1987, DIE GRÜNEN als "parlamentarischen Ansprechpartner" zu betrachten, hält inhaltliche Gemeinsamkeiten fest und definiert den druckempfindlichen Teil des parlamentarischen Systems, an den wir unsere Forderungen richten. "Parteiunabhängig" und "grünnah" sind keine widersprüchlichen Attribute für einen Verband, der sich als Selbstorganisation von Jugendlichen im grün-alternativen Spektrum versteht.

Auch Teil einer Strömung im grünen Gewässer sind wir nicht. Nichtsdestoweniger sind viele Jungdemokraten gleichzeitig grüne Parteimitglieder. Sie finden sich dort auf unterschiedlichen Flügeln wieder, zugegebenermaßen mehrheitlich auf der Parteilinken.

Daß sich in verschiedenen Organisatio-



radikaldemokratische und emanzipatorische Fortschritte steht (statt das zu modernisieren, was wir ablehnen), dann müssen wir eines zumindest nicht befürchten: daß sich die sachzwangvermittelten Diskussionen einer Regierungspartei in unsere Strukturen übertragen werden.

DIE GRÜNEN werden sich über kurz oder lang entscheiden müssen, auf wel-

Seminarankündigung

Perestrojka in Libyen?

Vor 20 Jahren wurde in Lybien der König gestürzt und die USA mußten ihren Militärstützpunkt aufgeben. Wir erfahren in den bürgerlichen Medien recht wenig über die Entwicklungen in diesem nordafrikanischen Land. In einem gemeinsamen Seminar wollen Jungdemokraten, RSG und Libyen-Komitee Bochum diese Lücke in der Allgemeinbildung schließen.

Wann? 16. - 18.3.90 Wo? Naturfreundehaus Köln-Kalk

Teilnahmebeitrag: Verdienende 30.- DM; Nichtverdienende 15.- . (Fahrtkostenerstattung, Unterkunft und Verpflegung sind im Betrag enthalten.)

Weitere Informationen, Anmeldung (bis Ende Februar) etc.:

Jo-Achim Biermanski, Untere Fulder Gasse 12, 6320 Alsfeld, Tel.: (06631) 14 39.

nen andere (bündnis-)strategische Fragen stellen, ist häufig schwierig zu vermitteln. Ein religiöses Verhältnis zu "rot-grün" haben wir nicht - so oder so. Wenn wir uns 1990 entscheiden müssen, ob ein rot-grünes Projekt unsere Unterstützung findet, weil es zumindest in Teilbereichen für

ches Ticket sie im Jugendbereich setzen werden. Es bleibt zu hoffen, - zu diesem Ergebnis komme ich egal von welcher Seite meiner Mitgliedschaften ich es betrachte - daß sie bequem Entscheidungen scheuen werden.

Markus Büchting

Anmerkungen zur GRÜNEN Jugendpolitik

I Was allgemeines zu Beginn

Niemand bei den GRÜNEN diskutiert gerne über grüne Jugendpolitik. Die "Nicht-Jugendlichen" GRÜNEN - wie soll man sie eigentlich nennen -, registrieren immer deutlicher, daß den GRÜNEN die Jugendlichen weglafen. Sogar das Wort der "Vergreisung" macht die Runde. Gerade in Wahlkampfzeiten bricht dann plötzlich die große Hektik aus, werden mit Entsetzen die JungwählerInnen-Statistiken gelesen und die ollsten jugend-"politischen" Kamellen ausgekratzt: Feten (2 h Disco, 10 min Politik), ErstwählerInnenveranstaltung etc.

Eine andere mögliche Reaktion, wenn man GRÜNE auf Jugendpolitik anspricht, besteht darin, daß die eigene Jugend mystifiziert und die heutige mit Schlagwörtern als unpolitisch, orientierungslos und konsumorientiert abgefertigt wird. Die Bandbreite dieser Gummiwörter macht deutlich, wie wenig man es sich erklären kann, daß die Attraktivität der GRÜNEN bei Jugendlichen nachläßt.

Betrachtet man jedoch mal nicht nur Wahlergebnisse, so ist festzustellen, daß zwar DIE GRÜNEN als Partei an Attraktivität verloren haben, grüne Inhalte von vielen Jugendlichen aber vertreten und gelebt werden. Grün-nahe SchülerInnengruppen, selbstverwaltete Jugendzentren, Umweltschutzgruppen, Selbstorganisationen - entstanden aus dem Bedürfnis, eigene Interessen organisiert zu vertreten, sich jedoch keinem Parteiapparat unterzuordnen, auf den man nur wenig Einfluß hat.

Das bestehende "grün-nahe" Potential unter Jugendlichen ist meines Erachtens höher, als das Gejammer über die unpolitische Jugend vermuten läßt. Nur schlägt die allgemeine "Krise der Linken" natürlich auch auf linke Jugendliche um. Das Fehlen gesellschaftlicher Perspektiven ist schließlich nicht nur ein Problem der Jugendlichen, sondern auch der GRÜNEN. Ohne eigene gesellschaftliche Utopie und die Idee der Durchsetzung können DIE GRÜNEN natürlich wenig Anzie-

hungskraft auf die "orientierungslose" Jugend ausüben. Das Problem GRÜNER Jugendpolitik ist das Problem der GRÜNEN Parlamentsfixiertheit, langweiligen Mitgliederversammlungen und unpolitischen Endlosdiskussionen.

II "Grün-nahe"

GRÜNE und grün-nahe Jugendliche haben in den vergangenen Jahren viel über Organisationsstrukturen und wenig über politische Inhalte diskutiert. Die Entwicklungen in diesem Bereich wurden jedenfalls nie langweilig. Die meisten grün-nahen Jugendlichen sehen sich in kritischer Nähe zur Partei und lehnen die Gründung einer GRÜNEN Nachwuchsgruppe ab. Sie wollen sich zwar organisieren, aber nicht vereinnahmen lassen. Und da meistens "Nicht-Jugendliche" GRÜNE die Initiative zur Gründung GRÜNER Nachwuchsgruppen ergreifen, haben diese Jugendlichen auch eine (berechtigte) Furcht, eher auf ein Abstellgleis gestellt, als "gefördert" zu werden.

Neben den Jungdemokraten haben sich GABAs und Network als grün-nahe Jugendstrukturen gebildet, wobei die Übergänge aller drei Strukturen durch Doppel- bis Dreifachmitgliedschaften fließend sind. In Schleswig-Holstein hat sich die GRÜN-Alternative Jugend (GAJ) als erster Parteijugendverband etabliert. Aus West-Berlin kündigt sich in unregelmäßigen Abständen die Gründung einer AL-Jugendstruktur mit neuem, jeweils besserem Konzept an.

III GRÜNE und Jungdemokraten

Das Verhältnis zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN ist kein klares und gibt immer wieder Anlaß zu den vielfältigsten Spekulationen. 1987 beschlossen die Jungdemokraten, DIE GRÜNEN als ihren parlamentarischen Ansprechpartner zu betrachten. Dieser Beschluß war zu Beginn nicht unumstritten, nachdem die Jungdemokraten nach ihrer Trennung von

der FDP 1982 ausschließlich außerparlamentarisch gearbeitet hatten. Die Zusammenarbeit zwischen Jungdemokraten und GRÜNEN entwickelt sich regional unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz z.B. beschloß auch der GRÜNE Landesverband, die Jungdemokraten als ihren "Ansprechpartner im Schüler- und Jugendbereich" zu betrachten und auf den Aufbau einer eigenen Parteijugendorganisation ausdrücklich zu verzichten.

Schwierigkeiten macht vielen GRÜNEN die Tatsache, daß die Jungdemokraten trotz des Etiketts "grün-nah" gleichzeitig ein parteiunabhängiger Verband sind. Manche GRÜNE denken in dieser Frage nach dem Schema, daß alles was nicht per schriftlicher Mitgliedschaft an DIE GRÜNEN gebunden ist, zum politischen Gegner gehört.

IV Aufgabe der GRÜNEN

Die Aufgabe der GRÜNEN besteht m.E. darin, grün-alternative, selbstorganisierte Jugendstrukturen zu fördern. DIE GRÜNEN müssen akzeptieren, daß viele Jugendliche die "kritische Nähe" zur Partei bevorzugen. Eine grüne Jugendorganisation, von den allerwenigsten Jugendlichen gewollt, würde diese Selbstorganisationen zerstören.

Die Förderung grün-alternativer Jugendstrukturen kann heißen:

- die Arbeit materiell abzusichern, ohne eine Parteiabhängigkeit zu erpressen und organisatorische Hilfestellungen zu geben,

- die inhaltliche Auseinandersetzung mit Vorstellungen und Forderungen grün-alternativer Jugendlicher, nicht in "Jugendforen", sondern im Gesamtplenium.

Patrick Donges

(20 Jahre, Zivildienstleistender,
Bundesvorstand Jungdemokraten und
Sprecher der GRÜNEN Ludwigshafen)

70 Jahre Jungdemokraten waren für den Verband kein Anlaß für rauschende Jubiläumsfeste. Aber Anlaß für den Mainzer Jungdemokraten Lothar Fuhlrott in Archiven und Bibliotheken in der wechselvollen Geschichte der Jungdemokraten zu stöbern.

Jungdemokraten sind kein Produkt der Nachkriegszeit. Einen "Reichsbund Deutscher Jungdemokraten" gab es bereits 1928, einen "Jungdemokratischen Verband Bayern" sogar schon im August 1922. Die Geschichte dieser Organisation reicht aber noch ein wenig weiter zurück, nämlich in den Sommer 1919, als sich über 100 junge Leute in Berlin trafen, um den "Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen" zu gründen.

Pünktlichkeit zählt seit jeher nicht zu den jungdemokratischen Tugenden. Auf 9 Uhr vormittags hatte der Tagungsplan die Eröffnung angesetzt; um viertel nach 10 konnte die Versammlung endlich beginnen. Mag sein, daß einigen noch der vorangegangene Abend in den Knochen steckte. Da hatten die Berliner ihre Gäste, "von herrlichem Sommerwetter begünstigt", zu einem "Begrüßungsabend" eingeladen. In den ersten Monaten des Jahres 1919 waren demokratische Jugendvereine rund um die im Dezember 1918 aus der Taufe gehobene deutsche Demokratische Partei wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die einen, geprägt von Jugendbewegung und Kriegserlebnis, fühlten sich um ihre Hoffnung auf einen wirklichen Neubeginn betrogen; wieso begegneten sie in der angeblich so neuen DDP denselben Honoratioren, die sie schon aus der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei des untergegangenen wilhelminischen Reiches kannten? "Von der Jugend aus die Partei erobern" lautete ihre Parole.

Auf der anderen Seite hatte die DDP selbst eine ganze Reihe von Jugendvereinen initiiert oder gegründet, um sich den nötigen und je fügsameren, desto lieberem Nachwuchs zu sichern. Der Geschäftsführende Ausschuß der DDP hatte der Jugend im Januar (angesichts der rasch voranschreitenden Inflation übrigens eher bescheidene) 10.000 Mark bewilligt. Im Mai erklärte er sich "prinzipiell" bereit, den kommenden reichsweiten Jugendbund anzuerken-

nen - vorausgesetzt die Satzung sei der DDP genehm.

An die 60 Vertreter der über das ganze Reich von Königsberg bis München verstreuten Jugendvereine (die meisten nannten sich "Deutsch-demokratischer Jugendverein" oder gar "Jugendverein der Deutschen Demokratischen Partei"; in Bochum, Nordhausen und Lüdenscheid zog man die Bezeichnung "Jungdemokratischer Verein" vor) waren bereits am letzten Aprilwochenende 1919, ebenfalls in Berlin, zusammengekommen; wegen der miserablen Zugverbindungen und den Ereignissen in Bayern glänzte allerdings das Gros der Süddeutschen durch Abwesenheit. Ergebnis der zweitägigen Beratungen war die provisorische Gründung eines "Bundes deutsch-demokratischer Jugendvereine", der eng an die DDP angelehnt sein würde. Dies brachte auch der Entwurf der Satzung zum Ausdruck, wonach (§2) der Bund bezwecke, "sämtliche zur Deutschen Demokratischen Partei gehörenden Jugendvereine organisatorisch zusammenzufassen". Mit der einstweiligen Geschäftsführung wurde der Berliner Verein beauftragt, der Vorsitz dem Berliner Redakteur der Frankfurter Zeitung Max Wießner übertragen und die endgültige Gründung für den Vorabend des 1. DDP-Reichsparteitages verabredet, der Ende Mai in Kassel geplant war.

Tatsächlich fand der Parteitag dann vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin statt, und dort, im Herrenhaus des Preußischen Landtages, war es, wo Wießner am 18. Juli die 104 Delegierten, die immerhin etwa 20.000 Mitglieder vertraten, mit einiger Verspätung begrüßte. Nach der Wahl des "Bureaus" (der Sitzungsleitung) richteten zunächst die DDP-Offiziellen Grußadressen aus: Otto Nuschke, Chefredakteur der Berliner Volkszeitung, für den Geschäftsführenden Ausschuß, Karl Hermann aus Reutlingen für die Nationalversammlungsfraktion und der Abgeordnete Riedel für die Fraktion in der Preußischen Landesversammlung.

Wießner sollte einen Rechenschaftsbericht halten, beschäftigte sich allerdings vorrangig mit anderem: den Forderungen an das DDP-Programm - es müsse, von Naumannschem Geist erfüllt, national und sozial sein; dem gerade unterzeichneten Versailler Vertrag - er sei unsittlich, weil auf Wortbruch aufgebaut; dem Verhältnis zu anderen Parteien - für die demokratische Jugend stehe der Feind rechts.

Sodann ging man unter Umstellung der Tagesordnung zügig zum formalen Gründungsakt über; der Beschluß, den Reichsbund Deutscher Demokratischer Jugendvereinigungen" zu bilden, wurde einstimmig gefaßt und mit "großer Befriedigung aufgenommen".

Die Fetzen flogen in der Debatte, wo die Altersgrenze anzusetzen sei; dieses auf den ersten Blick so banale Thema bot das Schlachtfeld für die Auseinandersetzungen um das Maß der Autonomie der Jugend im Rahmen der DDP. Pulikat aus dem ostpreußischen Gumbinnen beispielsweise redete einer Obergrenze von 15, maximal 20 Jahren das Wort und erklärte auch deutlich, warum: die demokratische Jugendbewegung sei Nachwuchserziehung für die Partei, und überhaupt habe sich die Jugend der Parteidisziplin zu fügen. Ernst Lemmer (Remscheid) formulierte die Gegenposition, als er 40, wenigstens 30 Jahre verlangte. Die - damals noch nicht offiziell jungsozialistisch geheißen - sozialdemokratische Jugend sei lehrreiches, weil abschreckendes Beispiel: sie sei uniform gehalten und ganz dem Willen der Partei untergeordnet. Schließlich wurde mit knapper Mehrheit der äußerst unbefriedigende Kompromiß angenommen, die Festlegung der Altersgrenze den Ortsvereinen zu überlassen. Er ging eher zu Lasten der "autonomen" Fraktion, schwächte er doch die organisatorische Homogenität des Reichsbundes. Die Unterlegenen, voran die Hamburger und Kölner, drohten denn auch prompt mit Nichtbeitritt zum Reichsbund und verlangten eine Prüfung der Mandate, was zu ihrer großen Erbitterung abgelehnt wurde.

Der politischen Aussprache waren der Rest des Tages sowie der Samstag gewidmet. Beabsichtigt war nicht, ein eigenes Programm zu entwickeln. Man wollte auf der Grundlage zweier von dem später in Hannover tätigen Geographieprofessor Erich Obst aus Breslau und dem kriegsversehrten Studienrat Heinrich Landahl aus Hamburg gehaltenen Referate Stellung zu den Vorstellungen der DDP beziehen. Obst sprach zwei Tage danach auch auf dem Parteitag und zog sich dort den Unwillen des Vorsitzenden Erich Koch-Weser zu; auf der Jugendtagung erregte seine Auffassung, man dürfe keineswegs tatenlos dem freien Spiel der Kräfte in der Wirtschaft zuschauen, weit weniger Anstoß. Sein Liebäugeln mit dem 1919 natürlich sehr brisanten Rätegedanken weckte, zusammen mit der eigenartigen

Idee eines Dreigespanns aus Wirtschafts-, Kultur- und politischem Parlament, zwar den Unmut vor allem der Vertreter Ostpreußens, Kölns und Hamburgs. Ein Antrag jedoch, der schlicht einen "verantwortungsbewußten Wirtschaftsindividualismus" proklamierte, wurde abgelehnt.

Landahl, der im wesentlichen Obst Meinung teilte, tadelte den Kompromißcharakter des Entwurfs des DDP-Vorstandes und verlangte ein Grundsatzpapier à la Erfurter (SPD-)Programm, das von einer Kommission bis zum nächsten Parteitag auszuarbeiten sei. Darin stimmte er mit der großen Mehrheit des Parteitags überein, der genau dies beschloß.

Konsens herrschte, daß Einheitsstaat und Einheitsschule Gebote des neuen demokratischen Zeitalters seien, daß auch die internationalen Beziehungen demokratischen Prinzipien zu gehorchen und Imperialismus und Militarismus abgewirtschaftet hätten und der versailer Frieden kein Rechtsfrieden und folglich revisionsbedürftig sei.

Die Zeit war vorangeschritten, am Nachmittag des 19. Juli begann der Parteitag. Man stritt noch ein Weilchen, mit ähnlichen Motiven und Fronten wie in der Auseinandersetzung um die Altersgrenze, wieviel die Ortsvereine an den Bund abzuführen hätten, und verabschiedete dann die Satzung inklusive des oben erwähnten § 2. Dem vor allem wegen seines Verhaltens bei der Altersfrage heftig attackierten "Bureau" wurde das Vertrauen ausgesprochen und zu guter Letzt eine Kommission mit der Aufgabe betraut, sich um eine Jugendzeitung zu kümmern - zur Wahl standen die bereits existierende "Demokratische Rundschau" sowie der projektierte "Junge Demokrat". Ein Vorstand wurde nicht gewählt; Max Wießner blieb ohne weitere Debatte und Abstimmung in seinem Amt.

Triumphiert hatte also, zumindest vorläufig, der parteifromme Flügel; nicht zufällig gehörte Wießner dem Geschäftsführenden Ausschuß der DDP an. Zur Belohnung schrieb die vom Parteitag verabschiedete Satzung ausdrücklich fest, daß auch "nicht-örtliche" Vereinigungen (wie z. B. der Frauenausschuß, der Arbeitnehmersausschuß und eben auch der Jugendbund) als Parteiorganisation anerkannt werden könnten. 11 Delegierte durfte die Jugend zum Parteitag entsenden, einen je 2000 Mitglieder ...

Lothar Fuhlrott

Spendet

"Der Sinn der Strafe soll der Freiheits- nicht der Informationsentzug sein", sagt Susanne Boehnke, Geschäftsführerin des Vereins "Freiabo für Gefangene e. V.". Doch die Informationsmöglichkeiten sind für Gefangene eher schlecht. Nach Bundesländern und einzelnen Gefängnissen unterschiedlich stehen Radio oder Fernsehen meist nur in Gruppenräumen und zu bestimmter Zeiten bereit. Gefängnisbibliotheken sind in den seltensten Fällen gut ausgestattet und erreichbar.

450000 DM hat der Verein dafür seit 1985 ausgegeben um Zeitungen und Verlage zu preiswerten Abos für Gefangene zu bewegen, Spenden zu sammeln und Abos zu vermitteln. Vermittelt werden vor allem Tages- und Wochenzeitungen, von der taz bis zur ZEIT, aber auch Zeitschriften wie konkret oder der Rosa Flieder sowie Fachzeitschriften zur Weiterbildung.

Für viele waren Zeitungen und Zeitschriften nicht nur Zeitvertreib und Informationsquelle über das Geschehen draußen, sondern oft auch Vermittler von Wohnung und Arbeitsplatz für die Zeit nach der Entlassung.

Obwohl solche Informationen in tendenz selten zu finden sind, haben wir dem Verein Freiabos zur Vermittlung angeboten. Wer, und das sollen ja nicht wenige Jungdemokraten sein, den Gefangenen eine bessere Lektüre wünscht, sollte den kleinen 15köpfigen Verein mit einer Spende unterstützen.



VIEL ZEIT UND WENIG ZEITUNG

DENKT AN DIE LEUTE IM KNAST,
SPENDET FREIABOS!

Jede Zeitungsspende ist steuerlich absetzbar!
Spenden Sie bitte auf das Konto:

Freiabonnements für Gefangene e.V. (gemeinnützig)
Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00,
Konto-Nummer 26 011 604, Kennwort: taz.

Wenn Sie eine Zeitung spenden wollen, nennen Sie bitte ein Kennwort. Bitte Absender nicht vergessen (für die Spenden-Quittung).

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR. 3, 1000 BERLIN 62, TEL. 0 30/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung _____

KontoinhaberIn (Adresse) _____

Bank _____

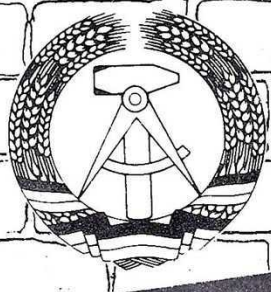
Konto-Nummer _____

Bankleitzahl _____

Ich gestatte dem Verein Freibonnements für Gefangene e.V., DM monatlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe

Datum, Unterschrift _____

Knastabos!



DDR IN BEWEGUNG

Was ist eigentlich die "Vereinigte Linke"?

Marion Seelig: Die Initiative "Vereinigte Linke" ist eine Bewegung in der DDR von Menschen, die alle aus Gruppen kommen, die schon im linken Spektrum gearbeitet haben. Auch einzelne Leute, insbesondere aus der SED, stoßen jetzt dazu. Ich persönlich komme aus der "Kirche von unten", das ist eine linke, eine christliche Basisbewegung bei uns. Wir haben eigene Vorstellungen von Ökonomie usw. entwickelt, die wir jetzt in die "Vereinigte Linke" einbringen.

Thomas Klein: Ich fühle mich als Marxist der "Vereinigten Linken" zugehörig. Ich konnte, weil ich mich als Marxist verstehe, nie Mitglied der SED sein, meine aber, daß auch in der SED noch viele Marxisten arbeiten. Ich hoffe darauf, daß sehr viele Kommunisten in der DDR in der "Vereinigten Linken" ihren Platz suchen und auch finden werden. In der Perspektive wird die "Vereinigte Linke" das allererste Mal in der DDR den Versuch machen, alle sozialistischen Tendenzen und Strömungen miteinander im Gespräch zu vereinigen. Wir wollen auf der Suche nach einem Minimalkonsens die verschiedenen Auffassungen über eine sozialistische Perspektive nicht in einem sektiererischen oder spalterischen, sondern in einem einigenden Sinne, also im Sinne des konzeptionellen Streits, verbinden. Und ich denke, das ist wirklich was Neues, sicherlich nicht nur für die DDR.

Wie stark sind denn überhaupt die Linken, die Sozialisten außerhalb der SED?

Thomas Klein: Jetzt ist die Frage, wie stark die Linken und die Sozialisten außerhalb der SED sind, für uns nicht mehr in allererster Linie interessant, sondern gerade in Anbetracht der Situation in der SED, wie stark die Linken und Sozialisten in der DDR überhaupt sind. Es schreckt uns nicht, von der Vorstellung auszugehen, daß viele Menschen, die mit uns in der Sache verbündet sind, nicht bei uns arbeiten werden. Hauptsache ist, wenn in der DDR Prozesse in Gang kommen, die den Sozialismus befördern. Wir wollen versuchen, in diesem Sinne wirksam zu werden und es sieht so aus, als ob wir dies anders tun, als diejenigen, die in der SED arbeiten. Was wir jetzt schon wissen, ist, daß außer in Berlin auch in anderen Städten der DDR dieses Projekt für eine "Vereinigte Linke" mitgetragen wird.

Wie schätzt ihr momentan die aktuelle Lage ein? Wird es weiterhin möglich sein, so viele Leute dazu zu bewegen, auf die Straße zu gehen, für politische Veränderungen zu kämpfen? Oder wird die Massenbewegung nachlassen?

Marion Seelig: Im Moment sieht es Gott sei Dank noch so aus, daß die Leute weiterhin auf die Straße gehen. Für uns war es sehr wichtig, was an dem Montag nach dem ersten Reise-wochenende in Leipzig passiert. Es war schon sehr positiv, daß da 300.000 Leute auf der Straße waren. Das hat uns weiter Mut gemacht. Und man hört auch ganz viele Stimmen -

Interview mit Marion Seelig und Thomas Klein von der Initiative »Vereinigte Linke«, DDR

da habe ich so nicht mit gerechnet -, die sagen: Reisen ist ja ganz schön, aber eigentlich wollen wir doch noch ein bißchen mehr. Ich denke, daß jetzt die Dinge in die Organisationen, vor allem auch in die Betriebe gehen, denn da müssen jetzt Initiativen entwickelt werden, da müssen die Leute angesprochen werden. Hier sind auch viele Potenzen im Moment, gerade in der Gewerkschaftsfrage. Wir zielen ja in Richtung Selbstverwaltung und ich denke, da kommt jetzt in den Arbeits- und Lebenszusammenhängen der Leute, auch in den Wohnbereichen, sehr viel in Bewegung. Die großen Demonstrationen werden sicher nicht ewig anhalten können. Ich wünsche mir aber, daß sie als Instrument da sind, also daß man sie einsetzen kann, wenn sie gebraucht werden.

Thomas Klein: Ergänzend dazu würde ich noch sagen, daß in einer gesellschaftlichen Krisensituation wie der, in der wir uns jetzt befinden, Straßendemonstrationen nicht nur ein wichtiges, sondern in einer bestimmten Phase das einzige Mittel sind, um in dieser spezifischen Form Volkssouveränität zu realisieren. Aber in der neuen Phase, in die wir jetzt einsteigen, ist die Problematik nicht darauf zu verkürzen, ob wir es schaffen, daß es weiterhin Massendemonstrationen gibt. Wenn es um Sozialismus in der DDR geht, dann geht es nicht nur darum, daß Volkssouveränität sich auf der Straße manifestiert, sondern die Bevölkerung die Form sucht und findet, in der Volkssouveränität nicht als konfrontativer Prozeß, sondern als konstruktiver Prozeß im Sinne einer sozialistischen Entwicklung realisierbar ist und sein wird. Im wesentlichen geht es um diese Form, die sich jetzt entwickelt und um die Widerstände, die die Entwicklung von Volkssouveränität in diesem Sinne einschränken oder behindern.

Wie beurteilt ihr den relativ schnellen Schwenk der SED? Ist dies ein ernsthafter Erneuerungsprozeß oder nur eine Reaktion auf Prozesse?

Marion Seelig: Ich denke, daß das, was da in der SED-Spitze und auch in den Spitzen der Blockparteien abläuft, letztlich eine Art Reaktion ist. Da laufen jetzt Dinge in einer Hast ab, der wir kaum noch folgen können. Viele Forderungen sind de facto abgehakt. Unser Forderungskatalog, den wir im Böhlener Papier aufgestellt hatten, ist zum Beispiel weitgehend erfüllt - bis zu den entscheidenden Punkten, wo es wirklich um gesellschaftliche Veränderungen geht und nicht "nur" um die Einrichtung demokratischer Institutionen, die ja auch noch nicht gesetzlich fixiert sind, die jetzt erstmal so ein Stück weit im rechtsfreien Raum vorhanden sind. Wir machen alle einen großen Unterschied zwischen dem, was sich jetzt an der Parteibasis abspielt an Bewegung, Kritik, Veränderung und dem, was da eben von oben für mich wirklich nur Reagieren ist. Wir brauchen zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich solche Kräfte wie Hans Modrow, aber unsere Verbindungen sind in der Parteibasis zu suchen.

Thomas Klein: Ich würde diesen Aspekt auch betonen. Alles was mit dem Begriff SED identifiziert wurde, wurde ausgefüllt durch das politbürokratische System des Dirigismus in Wirtschaft und Gesellschaft, aber wir fühlen uns entschieden mit jenen Genossen in der SED-Parteibasis verbunden, die in dem gegenwärtigen Prozeß versuchen - nicht unbedingt anders als wir, aber woanders als wir - die Entwicklung von Bewegungsformen hin zu sozialistischer Demokratie zu befördern. Die Frage lautet, wie stark sind die Kräfte, die in der DDR dasjenige wollen, was wir mit Sozialismus meinen, und diejenigen Kräfte, die unter diesem Etikett agieren, unter anderem im Bereich der Kräfte, die früher politische Verantwortung trugen und die hinter dem alten System standen und stehen. Ebenso steht die Frage, wieweit

sich in der jetzt abzeichnenden Entwicklung Sozialisten in der SED und außerhalb der SED politisch durchsetzen, wie sie der DDR-Bevölkerung Angebote machen können, die auch mehrheitsfähig und konsensfähig sein können. Es geht um eine breite Koalition der Vernunft und des Realismus. Das meint eben nicht, daß es hier auf Biegen und Brechen darum geht, Positionen der Sozialisten und Linken wohlmöglich sogar noch gegen die Bevölkerung durchzusetzen - das hatten wir lange genug -, sondern es geht darum, unter Bewahrung eines perspektivischen sozialistischen Denkens Prozesse in Gang zu bringen, die diese Entwicklung durchzusetzen helfen.

Das ist natürlich schon eine spannende Frage, weil ihr ja mit eurer Position nur eine Tendenz in der Oppositionsbewegung in der DDR wiedergebt. Wenn man sich zum Beispiel den Vertreter von "Demokratie jetzt" auf dem GRÜNEN Perspektivkongreß angehört hat, der verkündete, daß eine Grundbedingung für eine positive Entwicklung der DDR die Einführung der Marktwirtschaft wäre, dann ist das doch eine völlig entgegengesetzte Tendenz. Oder auch verschiedene Aussagen von Vertretern des "Neuen Forums". Die "Vereinigte Linke" stellt ja nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der gesamten Oppositionsbewegung dar. Wie ist da euer Verhältnis zu den anderen Gruppen?

Marion Seelig: Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß die oppositionellen Gruppen, dort wo sie gemeinsame Ziele haben, gemeinsam vorgehen. Ein gemeinsames Ziel ist natürlich erst mal die Demokratisierung. Das "Neue Forum" muß man von den anderen Gruppierungen unterscheiden, weil es eigentlich mit dem Ansatz angetreten ist, Positionen nicht in dem Maße zu bestimmen, sondern ein Forum zu sein, offen zu sein für alle emanzipatorischen Bewegungen bei uns im Lande. Es ist zu beobachten, daß es diese Funktion so nicht mehr hat. Trotzdem hat im Lande das "Neue Forum" vielfach nach wie vor Sammelcharakter. Insofern ist es natürlich klar, daß die Initiative "Vereinigte Linke", die schon verhältnismäßig programmatisch mit Inhalten zu arbeiten begonnen hat, nicht soviel Zulauf bekommen kann wie eine Plattform die alles sammelt. Ich sehe im Grunde auch keinen Widerspruch darin. Es ist klar, daß linke Positionen erstmal immer Minderheitenpositionen sind, davon kann man erst mal ausgehen.

Thomas Klein: Unser besonderer Standpunkt ist, daß Demokratie in der DDR, und zwar realisiert als eine gesellschaftliche Alternative zum real existierenden Kapitalismus und zum politbürokratischen sogenannten real existierenden Sozialismus gesucht werden muß. Das ist nur im Sinne einer Garantie demokratischer Errungenschaften möglich. Von Interesse ist nicht unser Verhältnis zur Demokratiebewegung, zu anderen Gruppierungen an sich, sondern wie und in welchem Maße sich in der Bevölkerung eine Bewegung zu entfalten beginnt, die Chancen für die Realisierung dessen, was sozialistische Demokratie betrifft, in sich birgt. Das ist die entscheidende Frage. Neben dem, wie für alle so auch für uns faszinierenden Aufbruch in der DDR, darf dabei die vierzigjährige Demoralisierung und Entpolitisierung nicht vergessen werden. Das Bewußtsein hat sich ja bislang neben der Kompensation solcher Verhältnisse im eng begrenzten individuellen Bereich auf dem Gebiet des Konsums entfaltet. Die Folgen sieht man jetzt ja auch nach der Öffnung der Grenzen: in hohem Maße geschieht das in Fortsetzung dieser Tradition der begrenzten Kompensation. Was auf den Demonstrationen artikuliert wurde, zeigt zu unserer Überraschung aber auch, wie impulsiv und schöpferisch eine Bevölkerung sein kann, die die Befreiung von einer Bedrückung vollzieht. Aber das hat erst mal noch nichts in dem von uns gemeinten Sinne mit Sozialismus zu tun. Wir dürfen uns keine Illusionen machen, die Frage, ob eine Entwicklung in Richtung Sozialismus in der DDR möglich sein wird, ist offen. Die Rehabilitierung der sozialistischen Begriffe gegenüber der Okkupation dieser Begriffe durch die politbürokratischen Strukturen läuft in der Bevölkerung über ganz konkrete Fragen, über die Lösung konkreter Probleme. Insofern sind wir vor allen Dingen daran interessiert, wie die Entwicklung der jetzt insbesondere in den Betrieben geführten Diskussionen über die Wiedergewinnung der gewerkschaftlichen Interessenvertretungen, die Selbstverwaltung vorangehen wird. Hier sehen wir das Hauptarbeitsfeld für Linke.

Wie stellt ihr euch das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten in Zukunft vor?

Marion Seelig: Es gab ja mal den Begriff "friedliche Koexistenz" und ich meine, warum soll die nicht weiterhin bestehen? Man kann sicher über viele Dinge reden, nur nicht über die, die zerstörend für das eigene System sind. Ich kann mir dagegen mit vielen Kräften in der Bundesrepublik eine enge Zusammenarbeit vorstellen. In den GRÜNEN gibt es Linke und auch außerhalb mit denen sich Zusammenarbeit lohnen kann.

Thomas Klein: Es gibt überhaupt keinen Grund die Außenpolitik der DDR unter Honecker im Sinne der friedenspolitischen Initiativen zu korrigieren. Koexistenz von unterschiedlichen ge-

Interview

sellschaftlichen Systemen, das geht weit über die Frage der Beziehungen der beiden deutschen Staaten hinaus. Es ist wichtig festzustellen, daß es gegenwärtig in erster Linie eines forcierten Drucks in Richtung Abrüstung, Deeskalation und Friedenssicherung bedarf. Die Chancen sind jetzt größer geworden, diese Prozesse zu forcieren. Die Gefahr, die wir gerade aus Richtung NATO und insbesondere BRD sehen, um nur mal den militärischen Aspekt herauszustellen, muß in den Vordergrund gerückt werden. Das ist eine Sache, die jetzt nicht anders steht als vor ein, zwei oder mehr Jahren. Die DDR wird, was die Beziehungen zur Bundesrepublik aus der Sicht der aktuellen Situation betrifft, ihre Souveränität zu verteidigen haben, insbesondere gegen den wirtschaftlichen Druck. Die bundesdeutsche Industrie steht ja in ihren Startlöchern, und in welche Richtung da gestartet werden soll, brauche ich wohl nicht auszuführen. Es besteht allerdings die Gefahr, daß hier jetzt vieles vergessen oder verdrängt wird, was heute genauso ist wie es gestern war. Davor muß man sich hüten. Das bedeutet aber nicht, daß wir angesichts dieser Gefahren für eine isolationistische oder abgrenzende Politik gegenüber Westeuropa oder insbesondere gegenüber der Bundesrepublik votieren. Die große Koalition der Vernunft und des Realismus, die in der DDR vor der Wende von Linken gefordert wurde, die Koalition gilt natürlich auch im europäischen Maßstab. Sollten sich tatsächlich in der Sowjetunion und in der DDR - ich nenne erst mal nur diese beiden Länder - tatsächlich sozialistische Verhältnisse entwickeln, dann wäre dies sicherlich auch eine fundamentale Herausforderung für den internationalen Kapitalismus.

Auf den Straßen in Berlin war zu hören: "Neue Männer braucht das Land". Das Land hat zwar neue Männer bekommen, wie sieht es aber mit der Lage der Frauen aus?

Marion Seelig: Die Situation ist nicht so sehr anders als in der BRD. Es ist zu konstatieren, daß es immer noch zu wenig Frauen sind. Nicht nur in der Regierung, sondern auch in der Opposition. Das Problem ist, daß die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Frauenproblematik bei uns geringer ist, weil bestimmte äußere Formen, die bei euch einfach viele auf die Straße und in Bewegung gebracht haben, wie Kindergartenplätze, Frauenbeschäftigung - bei uns arbeiten 95% der Frauen, das ist eine ungeheuer hohe Zahl -, sind bei uns gegeben. Oder auch das Mütterjahr, das wurde bei uns immer positiv bewertet. Der negative Aspekt dabei, daß Frauen immer mehr zurückgedrängt wurden von gesellschaftlich relevanten Positionen, von Führungspositionen, wird dann oft nicht mitbedacht, das ist im Grunde noch sehr wenig im Gespräch. Es geht nicht mehr so weiter, daß bei uns im Land Frauen derartig unterrepräsentiert sind. Die gesellschaftliche Bewußtwerdung setzt hier erst langsam ein und hatte bisher eigentlich auch nur eine gewisse Tradition in bestimmten Gruppierungen von Intellektuellen. So wie die Ansätze in den etablierten Parteien, in der SED und auch in den Blockparteien, bisher sind, haben Frauen im Moment vielfach noch Alibifunktion. Man freut sich ja immer, daß jetzt so viele Frauen vorne ans Mikrofon gehen, aber man merkt, daß vielfach Frauen nur vorgeschoben werden. Aber auch das ist ein Lernprozeß. Es gibt jetzt auch eine autonome Frauengruppierung, die sich feministisch nennt, die mit uns korrespondiert. Ich denke, da ist jetzt viel in Bewegung, und da wird und muß sich etwas entwickeln. Das wird auch entscheidend für eine linke Bewegung sein.

Welche Rolle spielen in der derzeitigen Bewegung Studentinnen und Studenten?

Marion Seelig: Was jetzt an den Hochschulen stattfindet ist äußerst spannend. Man hat immer gedacht, da ist alles zu spät, das ist alles verschult, da ist kein subversives Denken mehr vorhanden und jetzt stellt sich heraus, daß das sehr wohl vorhanden ist. Es haben sich autonome Studentenseminare usw. gegründet und es gibt Überlegungen über einen einheitlichen Studentenverband außerhalb der FDJ. Bei uns sind auch Studenten dabei, die aus diesen Positionen kommen und genau wie alle anderen Richtungen und Strömungen stellen die eben einen Punkt dar.

Thomas Klein: Studenten und Freunde aus dem universitären Bereich waren von Anfang an dabei, bei uns waren und sind sie als linke Studenten in der VL präsent, die in den Diskussionen an den Universitäten ihren Anteil haben. Wir müssen darauf achten, daß wir die besondere Spezifikencharakteristik dieser Diskussionen beachten.

Wir danken euch für das Gespräch

Das Interview führten Anja Krüger (Grüne Zeitung NRW) und Pascal Beucker.

Gorbilogie statt Gorbimanie

Ein Buch, das beim Nachdenken hilft

Dieser Ziegelstein von 478 S. macht spannende Lektüre - nicht nur wegen des in der Tat aufregenden Gegenstandes, um den es in ihm geht: Im breit gespannten Themenbogen, von den "Koordinaten der Perestrojka" zwischen Exterminismus, neuem Denken und "High-Tech-Sozialismus" über die Problematik des "Abrisses einer Apathiemaschine" und der immanenten Schwierigkeiten einer "Revolution von oben" bis zur Frage nach der marxistischen "Entdeckung der Zivilgesellschaft" (mit dem gramscianisch gedachten Fluchtpunkt der "politischen Kultur") wird immer wieder die Breite der Perestrojka-Debatten und ihrer westlichen Rezeption vorgeführt. Wer von Einzelpunkten ausgehen will, kann sich den Inhalt aber auch von dem Personenregister aus erschließen und wird manche Überraschung erleben: Mit der Perestrojka-Debatte sind wirklich alle Koordinaten in Bewegung geraten.

Wolfgang Fritz Haugs neues Buch erspart allen denjenigen, die es vor lauter Skepsis ein wenig spät gemerkt haben, daß sich mit Gorbatschow in der Sowjetunion etwas historisch Entscheidendes tut, die nachholende Lektüre einiger Meter Bücher: Nicht nur die dreibändigen "Ausgewählten Reden und Aufsätze" (Dietz/DDR 1987) und die einzelnen Veröffentlichungen Gorbatschows, sowie die von ihm geprägten Parteidokumente (66 Titel aus der Zeit vom April 1983 bis zum

Februar 1989) und die in westlichen Sprachen zugängliche sowjetische Debatte (222 Titel, v. a. 1988 und 1989), finden sich in diesem im Mai 1989 erschienenen Buch sorgfältig zusammenfassend dargestellt. In einer Lage, in der niemand einfach behaupten kann, direkten Zugang zur sowjetischen Wirklichkeit zu haben, erweist sich der hier gewählte Weg der Analyse und Präsentation der über sie von den in ihr politisch Handelnden als besonders aufschlußreich. Auch wenn derart die Frage, ob Gorbatschows Projekt letztlich gelingen wird, nicht abschließend zu beantworten ist - immerhin kommt heraus, daß er ein politisches Projekt verfolgt, das von einer sehr nüchternen Analyse der Lage und ihrer Möglichkeiten ausgeht und das konsistent die unterschiedlichen Probleme zu einer breit ansprechenden Handlungsperspektive bündelt. Und das ist schon etwas.

Wer 34 DM in die kartonierte Ausgabe investiert, bekommt dafür einen wirklich handfesten Gegenwert: Eine bessere Möglichkeit, am konkreten Material zu begreifen, was die Perestrojka im Osten heute schon bedeutet und noch bedeuten kann - jenseits aller interessierten pessimistischen oder auch optimistischen Prophezeiungen, in denen sich nur die Vorurteile ihrer Urheber äußern. Und damit auch, darüber wirklich nachdenken zu können, was eine "Perestrojka im Westen" sein und wie sie erreicht werden könnte.

Frieder Otto Wolf



"Politische Veränderungen bringen mir gar nichts. Das ist doch nur Schwindel." Agnieszka, 18, lächelt mich an, und ich bin verblüfft. Bei uns in der Bundesrepublik begeistert der politische Erdbeben in Polen, und in Warschau erklärt mir jetzt eine junge Polin, ihr sei das alles egal? "Sobald eine Organisation legalisiert ist", erklärt mir Agnieszka geduldig, "muß sie Kompromisse eingehen. Und das ist nicht das Wahre!"

Als eine Untergrund-Gewerkschaft wurde Solidarnosc gegründet, stürzte Polen in Unruhe, wurde verboten. Unter dem Kriegsrecht wurden ihre Führer interniert. Spätestens seit den Wahlen ist Solidarnosc ein Teil der Staatsmacht. Sie stellt Par-

lamentsabgeordnete, und auch Regierungsmitglieder Sie verhandelt mit Politikern, die den Menschen noch vor wenigen Jahren verboten, abends das Haus zu verlassen.

"Für die jungen Leute war Solidarnosc ein Mythos", sagen Stanislaw Cwik und Jacek Marczynski aus der Redaktionsleitung der Razem, einer Mischung aus Bravo und ran auf polnisch. "Die erfahrenen Aktivisten der Gewerkschaft sehen nun die Chance, auf dem parlamentarischen Weg Macht zu erlangen. Dafür müssen sie Kompromisse machen. Die Jugend aber akzeptiert keine Kompromisse, nicht im Elternhaus, nicht in der Schule und nicht in der Politik."

Die Ereignisse in China haben in Polen die Erinnerung an das eigene Kriegsrecht wieder wachgerufen. Vor der chinesischen Botschaft in Warschau kommen täglich polnische Studenten, Schüler und junge Arbeiter zu einem Protest-Picknick zusammen. Sie demonstrieren für die Freiheit in China - und für die Freiheit in Polen. Die Jugendlichen teilen mit der Solidarnosc die Sorge, die Konservativen im polnischen Staatsapparat könnten die Reform wegputschen, wie es in Peking auch geschehen ist. Doch während die Führung der Solidarnosc deshalb den Konsens mit den Reformern in der Kommunistischen Partei sucht, suchen viele Jugendliche den Konflikt mit allen Kompromißlern.

In Polen gibt es inzwischen eine Palette jugendlicher Oppositionsgruppen. Die wichtigsten sind:

- die Föderation Kämpfende Jugend, die sich mit der Miliz schlägt,
- die Gruppe Frieden und Freiheit, eine bunte alternative Sammlungsbewegung, in der z. B. Kriegsdienstgegner Aktionen gegen Kriegs-



Jugendliche in Polen

Keine rosige Zukunft

spielzeug machen,
- die Konföderation Unabhängiges Polen. Ihr Programm heißt: Russen raus aus Polen!

- die Orangene Alternative. Sie macht Happenings, Politikarneval auf der Straße. Ihr Programm: Der Miliz eine lange Nase drehen!

Aber wo liegen die Sympathien der schweigenden Mehrheit, die sich wie in jedem Land nur mäßig für Politik interessiert? *"Selbstverständlich bei der Solidarnosc"*, erklärt mir eine Warschauer Studentin. *"Das heißt aber nicht"*, rückt sie zurecht, *"daß ich immer deren Ansicht habe."* Sie schießt bereits jetzt auf die nächsten Wahlen in vier Jahren. *"Bis dahin haben wir ein Mehrparteiensystem. Dann habe ich mehr Wahlmöglichkeiten, bislang gab es ja keine große Alternative."*

Im Warschauer Hauptquartier des Bürgerkomitees, des politischen Armes der Solidarnosc, treffe ich dessen Pressesprecher Jacek Moskwa. *"Welche Zukunft hat die Solidarnosc?"* frage ich ihn.

"Die Solidarnosc ist in erster Linie eine Gewerkschaft. Wir planen nicht, eine politische Partei zu führen. Es wird viele neue Parteien geben, und diese Parteien werden von uns die Verantwortung übernehmen."

Das Bündnis der Opposition splittet sich auf. Wie es weitergehen wird, ist ungewiß. Nur eines ist klar: Die Zukunft Polens gehört nicht den Kommunisten. Die Handvoll Jugendliche, die heute noch in die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) eintritt, wird von ihren Altersgenossen müde belächelt. *"Was sagen denn deine Freunde über dich?"* frage ich Boguslaw, 21, Parteimitglied in der Probezeit. *"Das interessiert die nicht"*, reagiert Boguslaw trotzig und schnell. *"Das ist meine Privatsache."* *"Okay, aber ich möchte es wissen: Warum bist du Kommunist geworden?"* *"Ich habe immer gerne so Sachen gemacht"*, sagt er spöttisch. *"Sachen ohne Chancen."*

Keine Chancen. In den 80ern sind eine halbe Million Polen ausgewandert, meist

junge Leute mit guter Berufsausbildung. Inzwischen glauben sogar zwei Drittel aller Jugendlichen, daß sie keine Chance haben, ihre Lebensziele in der Heimat zu verwirklichen. Sie wollen in den Westen, die meisten allerdings nur für kurze Zeit.

Zwei Monate habe sein Freund in der Bundesrepublik bei einem Wanderzirkus gearbeitet, erzählt mir ein polnischer Bekannter. Gegen freie Kost und Logis, bei geringem Lohn. In Polen hat er seine D-Mark in die einheimischen Zloty umgetauscht.

Von dem Gewinn wird er in Polen fünf Jahre leben können. In Polen herrscht Inflation. Die Preise verdoppeln sich fast monatlich. Die Löhne steigen zwar auch, aber immer nur zum Monatsanfang, am Monatsende ist das Geld nur die Hälfte wert. Zum Einkaufen muß man Anstehen, viele Produkte sind überteuert oder ewig ausverkauft. Die jungen Polen flüchten aus einem Land, daß nach jahrelanger Mißwirtschaft ausgeblutet ist, und mit seiner Jugend verliert die polnische Nation ihre Zukunft.

Die Reformer sind sich einig, daß Polen mehr Marktwirtschaft braucht und dann langfristig alles besser wird. Kurzfristig wird es den Menschen aber schlechter gehen. Unrentable Betriebe werden pleite gehen, ihre Mitarbeiter arbeitslos. Nach der Abschaffung von Subventionen werden viele Produkte noch teurer werden. Armut droht, vielleicht auch Hunger. Die verantwortlichen Politiker, auch die der Solidarnosc, werden den Zorn der Menschen auf sich ziehen. Es wird Plünderungen, Streiks und Unruhen geben. Polens Jugend ist um ihre Zukunft nicht zu beneiden.

Daniel Blum

KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!

medico international will die Kampagne »Shell betankt die Apartheid« wirkungsvoll fortsetzen: in allen deutschen Ländern und europaweit. Zusammen mit allen, die schon beteiligt sind, und den Jugendverbänden, Gewerkschaften, Vereinen & Gruppen, die wir hiermit zum großen Mitmachen auffordern.

Die Sticker gibts für schlichte 1 DM pro Stück, bei Orders ab 50 Expl. für 0.50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)

(Bei medico zusätzlich kostenloses Material über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:

medico international

Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1

Tel. 069/4990041/2

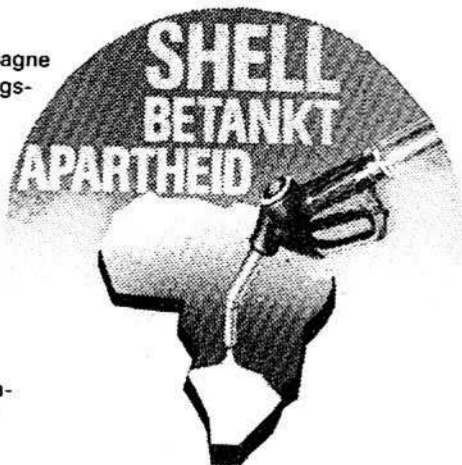
aej

Porschestraße 3
7000 Stuttgart 40

BDKJ

Postfach 320520
4000 Düsseldorf 30

(Zur Weiterverbreitung dieses Aufrufes bitten wir um Spenden unter dem Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 Frankf. Sparkasse oder Postgiro 6999-508 Köln)



dit & dat

KURZES LEHRBEISPIEL FÜR INTERESSEN-GELEITETE REALITÄTSWAHRNEHMUNG

Zweimal wurde er von der Zeitschrift "Time" zum "Man of the Year" gewählt (1978 und 1985) und Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt meinte über ihn, man müsse "wahrhaftig kein Kommunist sein, um zu erkennen: Deng Xiaoping überragt in den achtziger Jahren dieses Jahrhunderts alle anderen Staatsmänner der Welt". Er habe "das von Mao Zedong hinterlassene Chaos aufgeräumt" und "pragmatische Vernunft an die Stelle einer zugleich eifernden und brutalen ideologischen Rechthaberei gesetzt" (H. Schmidt in seiner Einleitung zum Deng-Buch: "Die Reform der Revolution. Eine Million Menschen auf dem Weg", 1988). Er sei "in China der Inbegriff von Vernunft, Augenmaß, Pragmatik" (FAZ, 26.7.77) und habe "einen unchinesischen, man darf ruhig sagen, westlichen Charakter" (H. Kremp in der "Welt", Nov. 78), denn unter Deng "soll es keine Partei-Despotie mehr geben, sondern vielmehr Recht und Gesetzlichkeit" (nochmals H. Schmidt - diesmal in der "Zeit" vom 5.4.1989). Und: "Deng-Pragmatismus statt Mao-Voluntarismus - dies ist Chinas Zeitgeist", so K. Grobe von der Frankfurter Rundschau (FR, 19.9.1985). Jetzt hat der so bejubelte Deng "die Blutspur eines Dschingis Khan des Zwanzigsten Jahrhunderts" (ders., FR, 6.6.89) hinterlassen. Wie das? Kein Problem, nicht wahr Karl Grobe: "Ein Fehler blieb Deng, wie Mao, nicht erspart: Er konnte nicht rechtzeitig aufhören" (ebenda). Mit diesem Fehler ist er nicht allein.

Global denken und lehren - lokal handeln

Das ist der Titel der Dokumentation vom II. Internationalen PädagogInnen-Friedenskongreß 1988 in Bonn. Das Vorwort des Buches spricht: "... Wer als Mitglied einer Friedensgruppe nach neuen Anregungen für die Arbeit sucht, wird sie auf nahezu jeder Seite mehr oder weniger ausformuliert finden und die Qual der Wahl haben..."

134 Seiten, DM 10,-, zu beziehen durch: Prof. Dr. Wolfgang Popp, Gesamthochschule Siegen, Fachbereich 3, Postfach 101240, 5900 Siegen.

ERFOLG FÜR KURDISCHE INITIATIVEN

In einem Treffen zwischen dem Mainzer Ausländerbeirat, den Mainzer Jungdemokraten und dem Oberbürgermeister der Stadt Mainz Weyel (SPD) Ende Juli sagte letzterer nach mehr als einjährigen Verhandlungen schriftlich zu, daß die in Mainz lebenden Kurden in Zukunft ihren Kindern kurdische Vornamen geben dürfen. Dies war bisher nicht möglich, da die Standesämter mit türkischen Namenslisten operierten und kurdische Vornamen nicht anerkannten. Die Stadt Mainz ist damit die erste Stadt in der BRD, die die Kultur und Identität der Kurden auf diesem Wege anerkennt. Die Anerkennung kam trotz großen Widerstands des türkischen Konsulats und der ihm zur Verfügung stehenden politischen Kanäle zustande. Für die kurdischen Initiativen ist dies ein großer Erfolg. Die Mainzer Jungdemokraten, die in beharrlicher Kleinarbeit die Kapitulation der Bürokratie erzwangen, hoffen, so Wolfgang Taul, zuständig für Ausländerarbeit im Kreisvorstand, auf die Signalwirkung der Mainzer Entscheidung.

WANDZEITUNGEN

Zu den Themen "Militarisierung des Weltraums", "Laserwaffen" und "Verbot von Kernwaffenversuchen" hat das "Forum Naturwissenschaftler für den Frieden und Abrüstung" Wandzeitungen in DIN A 1-Querformat erstellt.

Bezugsanschrift: Friedrich-Ebert-Straße 114, 4400 Münster, Telefon 0251/76093



„HANDLANGER...“

Eine Presseerklärung der Dürkheimer Jungdemokraten zur Behandlung von Sinti und Roma in Bad Dürkheim, in der die Jungdemokraten der "Rheinpfalz" u. a. vorwarfen, "Handlanger einer offen rassistischen Strömung" zu sein, kommentierte die pfälzische Postille in ihrer Ausgabe vom 21. Juni 1989 wie folgt:

"... Mit Pauschalierungen sollten im übrigen auch die Verantwortlichen mancher politischer "Junggruppen" vorsichtiger umgehen, wenn sie etwa behaupten, daß "die Umwelt mit Düngemitteln systematisch vergiftet wird" oder daß "die Sinti und Roma mit legaler Arbeit ihren Unterhalt bestreiten". Für die meisten Sinti mag das ja zutreffen, bei den tausenden von Roma, die in den letzten Jahren speziell aus den Ostländern in die Bundesrepublik kamen, scheinen diese offenbar ideologisch fundierten Behauptungen doch - wie gesagt - allzu pauschal und zu optimistisch formuliert..."

Die coole Nummer 030
- 216
2346



Nach der letzten "coolen Nummer" kamen Klagen, daß immer nur dieselben Personen Erwähnung finden. Und tatsächlich, in den bisher zwei Folgen wurde Marion Mück-Raab zweimal, JoAchim Biermanski, Michael Kruse, Coni von Meding, Imke Roebken, Dirk Scheelje, Ernst-Christoph Stolper und der Autor dieser Zeilen je einmal erwähnt. Wir entschuldigen uns in aller Form bei ..., ... und Sobald Ihr auffällig werdet, werden wir umgehend die vollen Namen einsetzen. Und wenn Ihr niemand findet, der oder die für Euch anruft und den Klatsch oder das Ereignis weitergibt: Unser Anrufbeantworter zeichnet auch anonyme Anrufe auf. 030-2162346.

Auf anonyme Anrufe kann unser neuer Bundesvorsitzender Markus Büchting verzichten, der sich als ein wahrer Fan der "coolen Nummer" entpuppte. Kaum ein Telefongespräch mit ihm endet ohne die scheinbar beiläufig-unbeteiligte Frage, "was es denn, äähm, sonst noch neues gäbe". Aber wenn wir auf dieses Niveau absinken, dann würden ja wirklich immer nur dieselben Namen auftauchen.

Thomas Hetzer



Schwule in der BRD

"Für die Homosexuellen ist das Dritte Reich noch nicht zu Ende", schrieb der Religionshistoriker Hans-Joachim Schoeps 1963¹. Bei aller polemischen Überspitzung lag in diesem bitteren Satz einige Wahrheit. In wenigen Politikfeldern hielt die junge Bundesrepublik so ungeniert und offen an nationalsozialistischen Traditionen fest, wie in der staatlichen Unterdrückungspolitik gegen Schwule. Sicher, die Schrecken der Konzentrationslager waren endgültig überwunden, überlebende schwule KZ-Opfer wurden aber weiterhin nicht als politisch Verfolgte, sondern als Kriminelle behandelt und von Entschädigungsleistungen ausgegrenzt. Noch heute gilt im Entschädigungsrecht als herrschende Meinung: "Homosexuelle seien "zwar häufig als politische Gegner behandelt und in ein Konzentrationslager eingeliefert" worden. "In Wirklichkeit beruhten die gegen sie ergriffenen Maßnahmen jedoch auf Gründen der Sicherheit, der Ordnung und ähnlichen Gründen, die mit einer echten politischen Gegnerschaft nichts zu tun haben,"² Auch der neue Härtefonds zur NS-Entschädigung - von der Bundesregierung 1988 nach jahrelangen Protesten von Verfolgtenverbänden zähneknirschend eingerichtet - schreibt die Ausgrenzung, die Aufspaltung in "Opfer erster und zweiter Klasse" fort. Unter restriktiven Zugangsbedingungen kann nun zwar auch ein Teil der verfolgten Schwulen ein lächerlich geringes Almosen erhalten, eine umfassende Entschädigung und vor allem ihre soziale Rehabilitation als politisch Verfolgte wird schwulen NS-Opfern aber nach wie vor verweigert³.

Bestehen blieb nach 1945 auch die Totalkriminalisierung von (männlicher) Homosexualität. 1935 hatten die Nazis den alten, noch aus dem Kaiserreich stammenden, § 175 RStGB in der Tatbestandsfassung wie im Strafmaß extrem verschärft⁴. Während die DDR nach dem Kriege wenigstens zur liberaleren Weimarer Regelung zurückkehrte, blieb in der BRD der Naziparagraph 175 unverändert in Kraft. Durchschnittlich 2.900 Männer wurden in den 50ern jährlich nach Nazirecht verurteilt, dreimal soviel wie in Weimar oder in Kaisers Zeiten. Im moralinsauerem Aufrüstungsklima der Adenauer-Ära sollten die Verheißungen der nunmehr "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" für Schwule keine Geltung haben. 1957 legitimierte das Bundesverfassungsgericht die staatliche Schwulenhatz und urteilte, die Verschärfung des § 175 im Jahre 1935 sei "ordnungsgemäß zustande gekommen" und nicht "in dem Maße nationalsozialistisch geprägtes Recht, daß (ihr) in einem freiheitlich-demokratischen Staate die Geltung versagt werden müsse" und befand: "Gleichgeschlechtliche Betätigung verstößt eindeutig gegen das Sittengesetz." Gegenüber der Einhaltung dieses christlichen Sittengesetzes habe aber das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zurückzutreten⁵. Erst 1969 konnte sich die BRD dazu durchringen, Anschluß an den zivilisatorischen Standard Westeuropas zu suchen. Homosexualität unter Erwachsenen wurde straffrei. Auch die zweite Reform 1973 brachte nur eine weitere Abschwächung und keine Aufhebung des Sonderparagraphen. Durch das

Festhalten an einem "Schutzalter" von 18 Jahren bei "homosexuellen Handlungen" (gegenüber der allgemeinen "Schutzaltersgrenze" von 14 Jahren) wurde die rechtliche Ungleichbehandlung von Homo- und Heterosexualität erneut zementiert, greift die Sondernorm massiv in die Selbstbestimmung (insbesondere schwuler) Jugendlicher ein.

Auch heute noch werden nach § 175 über 100 Männer pro Jahr allein wegen ihrer Homosexualität verurteilt. Über das Strafrecht hinaus greift das Fortbestehen einer antihomosexuellen Sondernorm in vielfältiger Weise in die Lebenswelt von Schwulen ein: Polizeibehörden dient der § 175 als Grundlage für Razzien und Personenkontrollen an Schwulentreffpunkten, Justiz und Verwaltungsbehörden leiten aus der strafrechtlichen Sonderbehandlung von Homosexualität die Legitimation ab, Diskriminierung von Schwulen auch in anderen Lebens- und Rechtsbereichen zu sanktionieren. Mit der Begründung, durch das Festhalten am § 175 stufe der Gesetzgeber Homosexualität weiterhin als sozial schädlich und jugendgefährdend ein, wird schwulen Emanzipationsgruppen zum Beispiel immer wieder die Durchführung von Informationsständen verboten, die Nutzung öffentlicher Räume verweigert.⁶

In den zwanzig Jahren nach der ersten Strafrechtsreform hat sich die gesellschaftliche Situation Schwuler dennoch entschieden positiv verändert.

Befreit von der allgegenwärtigen Kriminalisierungsgefahr konnten sich - zumindest in den größeren Städten - eine breitgefächerte schwule Infrastruktur und eine politische Schwulenzbewegung entfalten. Anstelle des Repressionskonsenses der frühen BRD hat sich eine vorsichtige und in vielen Bereichen noch sehr brüchige Toleranzhaltung zum gesellschaftlichen Leitbild im Umgang mit Homosexuellen entwickelt. Die politische Entwicklung hinkt dem allerdings hinterher. Offen schwule Männer sind zwar bis in die Lindenstraße vorgezogen, angesichts vielfältiger gesellschaftlicher Diskriminierungsfelder (z. B. in der Arbeitswelt) bleibt schwule Emanzipation bislang dennoch eine elitäre Erscheinung. Bestehen blieb auch ein beträchtlicher Bodensatz an Homosexuellenfeindlichkeit in der Gesellschaft (noch 1987 stuften 14 Prozent der Bevölkerung Homosexualität als "sehr schlimm", 21 Prozent als "ziemlich schlimm" ein), die durch die AIDS-Krise

wieder an Bedeutung gewinnt⁷, geschürt von Hetzparolen der Rechten ("Bei Schweinepest opfert man die Schweine"⁸).

Die offizielle Politik in der BRD hüllt sich hierzu in Schweigen, während anderswo in West- und Nordeuropa strafrechtliche Sonderbestimmungen gegen Homosexualität fielen, von Parlamenten und Regierungen eine explizit schwulen- und lesbische Sozial- und Rechtspolitik erkämpft werden konnte (Anti-Diskriminierungs-Gesetze, rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften), erscheint die BRD immer noch als schwulenpolitisches Entwicklungsland, wirkt der deutsche Sonderweg des Faschismus in der "Homosexuellenfrage" bis heute fort, wird - wenn auch mit subtileren Mitteln - an der Strategie gesellschaftlicher Eindämmung schwuler Emanzipation festgehalten.

Günter Dworek

1) Schoeps, Hans-Joachim: Überlegungen zum Problem der Homosexualität, in: Der homosexuelle Nächste. Ein Symposium, Hamburg 1963, S. 74-114, S. 86

2) Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts durch die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister der Finanzen, Bd. 4, München 1981, S. 13 f.

3) vgl. Dworek, Günter: Fortgesetzte Ausgrenzung, Zur Situation schwuler NS-Verfolgter, in: NS-Verfolgte, 40 Jahre ausgegrenzt und vergessen, Dokumentation einer Anhörung vom 18. Februar 1989 in Münster, hrsg. von DIE GRÜNEN im Landschaftsverband Westfalen/Lippe, GAL/GRÜNE Münster, S. 87-90

4) Zwischen 1880 und 1935 wurde aus heute nur noch willkürlich anmutenden Gründen nach ständiger Rechtssprechung des Reichsgerichts der Tatbestand des alten § 175 "nur" bei sog. "beischlafähnlichen Handlungen" (z. B. Anal- oder Oralverkehr) als erfüllt angesehen, während andere Sexualpraktiken (insbesondere gegenseitige Onanie) straflos blieben.

5) Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes, Bd. 6, Tübingen 1957, S. 41 ff.6) Vgl. Reuband, Karl-Heinz: Über gesellschaftlichen Wandel, AIDS und die Beurteilung der Homosexualität als moralisches Vergehen, Eine Trendanalyse von Bevölkerungsumfragen der Jahre 1970 bis 1987, in: Zeitschrift für Soziologie 1/1989, S. 65-738)

6) Nation Europa 3/1988, S. 65

AIDS? Alles (un)klar!

Wenn wir "AIDS" hören, "wissen" wir Bescheid. Ist 'ne Virusinfektion, die vorwiegend auf sexuellem Wege übertragen wird und durch mittlerweile drei bekannte Varianten des HI-Virus verursacht wird. Wenn die Krankheit erstmal da ist, stirbt man im Normalfall. Wie wir uns schützen können, "wissen" wir natürlich auch. Entweder leben wir in einer strikt monogamen Beziehung mit einem nicht-infizierten Menschen zusammen oder benutzen Kondome.

Was "wissen" wir noch über AIDS? Richtig, daß es uns "alle angeht". Als politisches Phänomen? Beileibe nein, als unmittelbar Leib und Leben bedrohende Gefahr vielmehr. Natürlich ist das alles so. Und trotzdem, meine Absicht, das Glaubensbekenntnis um HIV=AIDS und AIDS GEHT UNS ALLE AN, wie es von der regierungs - und parteiübergreifenden Propaganda verkauft wird, zu erschüttern, bleibt bestehen und soll nun begründet werden.

Geht "AIDS uns alle an"?

Allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz, die Verteilung der Erkrankungsziffern ist seit Jahren stabil geblieben. Zu fast 75% sind schwule und bisexuelle Männer betroffen, circa 10% FixerInnen, 5% BluterInnen. Ganze 3,2 % aller Betroffenen waren im Mai 1988 laut Angaben des Bundesgesundheitsamtes heterosexuelle Menschen, die sich bei Angehörigen der vorgenannten Randgruppen vermutlich infiziert haben. Seit Jahren wird in den wildesten Horrorszenarien der drohende "Einbruch in die heterosexuelle Bevölkerung" prophezeit, allen voran im Spiegel und den Verlautbarungen des AIDS-Beauftragten der bayerischen Landesregierung Michael G. Koch. Faktisch hat er nicht stattgefunden. Es gibt gute Gründe, davon auszugehen, daß er auch nicht stattfinden wird. Da ist zum einen die Tatsache, daß trotz riesiger Bemühungen kaum weibliche und männliche Prostituierte aufgetrieben

Memminger Ur

Im Mai d. J. wurde der Gynäkologe Dr. The Hiermit soll ein Präzedenzfall geschaffen und des bestehenden § 218 StGB durchgesetzt. Dieser Prozeß diente zur massiven Einschüchterung des Staat klar, wer hier über Leben und Körperverletzungsverfahren aus jüngster Zeit in Koblenz wurde.

**In unser all
darf dieses Urteil ni**

Um die immensen Kosten für Prozeß und Re den dringend **SPENDEN** benötigt:

Solidaritätskonto Dr. Theissen, B

BLZ 700 101 11 - 8

**Streichung
Für das Selbstbestim**

werden konnten, die HIV-Antikörper-positiv waren oder AIDS-krank. Die wenigen, die man ergattern konnte, spritzen sich in fast 95 % der Fälle intravenös Drogen. Wenn es sich bei AIDS um eine Krankheit handeln würde, die tatsächlich auf sexuellem Wege übertragen wird, liegt nichts näher, als sich bei Prostituierten umzuschauen. Allen Hoffnungen zum Trotz, es gibt so gut wie keine Frauen und Männer, deren HIV-Infektion oder AIDS-Manifestation auf ihren Beruf zurückgeführt wird.

Widersprüchliche Studien über Sinn und Unsinn kondomisierter Sexualität gibt's wie Sand am versifften Meer. Die einen konstatieren, daß die Gummis nicht ausreichen, die "Durchseuchung der Gesellschaft" zu stoppen, weil's mit den Teilen zu oft schief geht. Mehr als eine Verlangsamung der Ausbreitung sei nicht drin. Nancy Padian und ihr Forschungsteam aus Berkeley kommen zu einem anderen, verblüffenden Resultat: "Weder der Kondomgebrauch, noch die absolute Anzahl von SexualpartnerInnen seit 1978, noch die im Verlaufe des Lebens zugezogenen auf sexuellem Wege übertragenen Krankheiten standen in einem Zusammenhang mit einer Infizierung." - Und das bei einer Krank-

heit, die angeblich auf sexuellem Wege übertragen wird. Bis...er mußten wir ja davon ausgehen, "daß ungeschützter Geschlechtsverkehr" mit Infizierten schon fast dem Selbstmord gleichzusetzen, mithin tierisch gefährlich ist. Woran mag es liegen, daß alle Studien über diese dramatischen Akte zum gleichen Ergebnis kamen. Infiziert haben sich nur diejenigen, die's nicht so oft getrieben haben. "Im Mittel hatten die infizierten Ehepartner seltener Geschlechtsverkehr als diejenigen, die seronegativ blieben. ... Elf Frauen mit mehr als zweihundertmaligen Geschlechtsverkehr mit dem infizierten Mann blieben seronegativ." Nicht genug mit solch sonderlichen Ergebnissen. G. Saeger u. a. kommen für schwule Paare mit je einem infizierten Partner zu ähnlich verblüffenden Ergebnissen. "Als Erklärung für die ausgebliebene Ansteckung kommen besondere Vorsichtsmaßnahmen nicht in Frage (safer sex), da sie in den vorliegenden Fällen außer acht gelassen wurden und so der bislang seronegative nach dem bisherigen Verständnis massiv exponiert war. Es ließ sich in fünf Fällen dokumentieren,

daß der seronegative Partner in mehr als hundert Fällen rezeptiven Analsexverkehr hatte."

Wenn wir schon beim Wundern sind. Nur noch verwundern können Kommentare wie einer den sich Andreas Salmen, Jungdemokrat aus Berlin, in der taz geleistet hat. Er empfiehlt den Einsatz von AZT, einem Mittel, das die Virus-Replikation herabsetzt, in der nur positiven Phase ohne Erkrankungsmanifestation. Ein Ratschlag, der erfreulicherweise von keiner/m Mediziner/in aufgenommen wurde und unter der Rubrik AIDS-Hysterie abzuhaken ist. Überhaupt scheint das metaphysische Virus AIDS, das zu keinen körperlichen aber sehr wohl mentalen Schäden führt, gegenwärtig gefährlicher zu sein als die reale Krankheit. Das gilt nicht nur für panische Schwule, sondern ungleich mehr noch für die restlichen AIDS-PhobikerInnen und HysterikerInnen, die zu einer immer größeren Gefahr werden. In den USA hat zwischenzeitlich die Zunahme der Erkrankungsziffern drastisch abgenommen. Wie man will, darf man die Ursachen hierfür darin "entdecken", daß die "Risikogruppen bereits durchseucht sind" oder aber, daß die safer Sexualität so durchschlagende Erfolge erzielt hat. Wenn du mich fragst, falls die behaupteten Übertragungsmechanismen stimmen (daran zweifle ich allerdings), dürfte das erstere plausibler sein. Wichtiger ist etwas anderes, nämlich die Tatsache, daß sich die prozentuale Verteilung der Erkrankungsziffern auf die bereits genannten Randgruppen nicht verändert hat. Vielmehr als die Legende von der "Gefährdung der Gesamtbevölkerung" bleibt wohl nicht übrig, sieht man sich die Fakten genauer an, die das "AIDS-geht-uns-alle-an"-Dogma belegen sollen, aber eben nicht können.

HIV = AIDS?

Zu meinen Zweifeln an dieser einfachen Rechnung, nur zwei Belege, die aufzeigen sollen, daß auch in diesem Bereich die Ergebnisse alles andere als gesichert sind. Die Molekularbiologin Regine Kollek etwa schreibt hierzu: "Eine Infektion mit Retroviren (HIV-Viren, U.S.), die (wie HIV) keine eingebauten Krebsgene besitzen, reicht in der Regel nicht aus, um Zellen in einen krankhaften Zustand zu überführen. Bei HIV tritt der Höhepunkt der Virusvermehrung im Blut und im Immunsystem und damit die

eil muß fallen !

ssen wegen "illegaler Abtreibung" verurteilt. Eine weitere Verschärfung in der Auslegung werden.

chterung aller Frauen. Eindeutig machte der von Frauen entscheidet! Ein ähnliches Ermittlungsverfahren zeigt, welcher Stein hier in's Rollen gebracht

er Interesse

ht bestehen bleiben!

visionsverfahren aufbringen zu können, wer-

ank für Gemeinwirtschaft München,
ö.-Nr. 1700 678 604

des § 218 ! nungsrecht der Frau !

direkten pathogenen Effekte innerhalb weniger Wochen nach der Infektion auf, während das Immunschwächesyndrom erst nach Jahren zum Ausbruch kommt. Für solche späteren Effekte existiert im Virusgenom nach heutiger Erkenntnis keine genetische Information."

Der behauptete Zusammenhang zwischen HIV und AIDS ist alles andere als klar. Der Krebsforscher und Virologe Peter H. Duesberg (Berkeley) schreibt als Ergebnis seiner Studien: "Es ist schlußzufolgern, daß das AIDS-Virus nicht hinreichend ist, um AIDS zu erzeugen, und daß bis heute keinerlei empirische Evidenz für die Annahme besteht, abgesehen von seiner Präsenz in einer latenten Form, daß es notwendig für AIDS ist. ... Die Krankheit würde dann von einem bis dato unbekanntem Wirkstoff verursacht, der nicht unbedingt ein Virus sein muß."

Was will dieser Beitrag?

Erstens: Aufzeigen, daß die behaupteten Übertragungsmechanismen sich nicht durch die empirischen Fakten belegen lassen.

Aufzeigen, daß die sich in Europa und den USA von Land zu Land bzw. Bundesland zu Bundesland signifikant unterschiedliche Ausbreitung nicht erklären läßt. Daß in den USA sogar die betroffenen Gruppen von Stadt zu Stadt fundamental differieren, ist unverständlich.

Die Notwendigkeit aufzeigen, auch unwahrscheinliche Möglichkeiten, wie zum Beispiel die in der Times Mitte letzten Jahres in einem Leitartikel des Wissenschaftsredakteurs Pearce Wright diskutierte künstliche Ausbreitung von AIDS in der sog. "Dritten Welt" durch verseuchte Pockenschutzimpfungsseren der Weltgesundheitsorganisation nicht nur in Erwägung zu ziehen, sondern öffentlich zu problematisieren. Das könnte dann die Überlegungen hinsichtlich der "wild vögelnden Nigger" ad acta legen, die hier heute kursieren, um zu "erklären", daß die Ausbreitung dort völlig anders verläuft als hier.

Zweitens: Aufzeigen, daß nichts weniger klar ist, als daß "AIDS uns alle angeht". Im Gegenteil, es spricht alles dafür und nichts dagegen, daß AIDS in der sog. "Ersten Welt" ein Problem der heute betroffenen Randgruppen bleiben wird.

Drittens: Die Notwendigkeit klarmachen, die psychologisch bedingten Denkbarrrieren wieder einzureißen, die dazu geführt haben, daß die meisten von uns zwischenzeitlich Opfer jener mentalen Viren geworden sind, die sich in Ge-

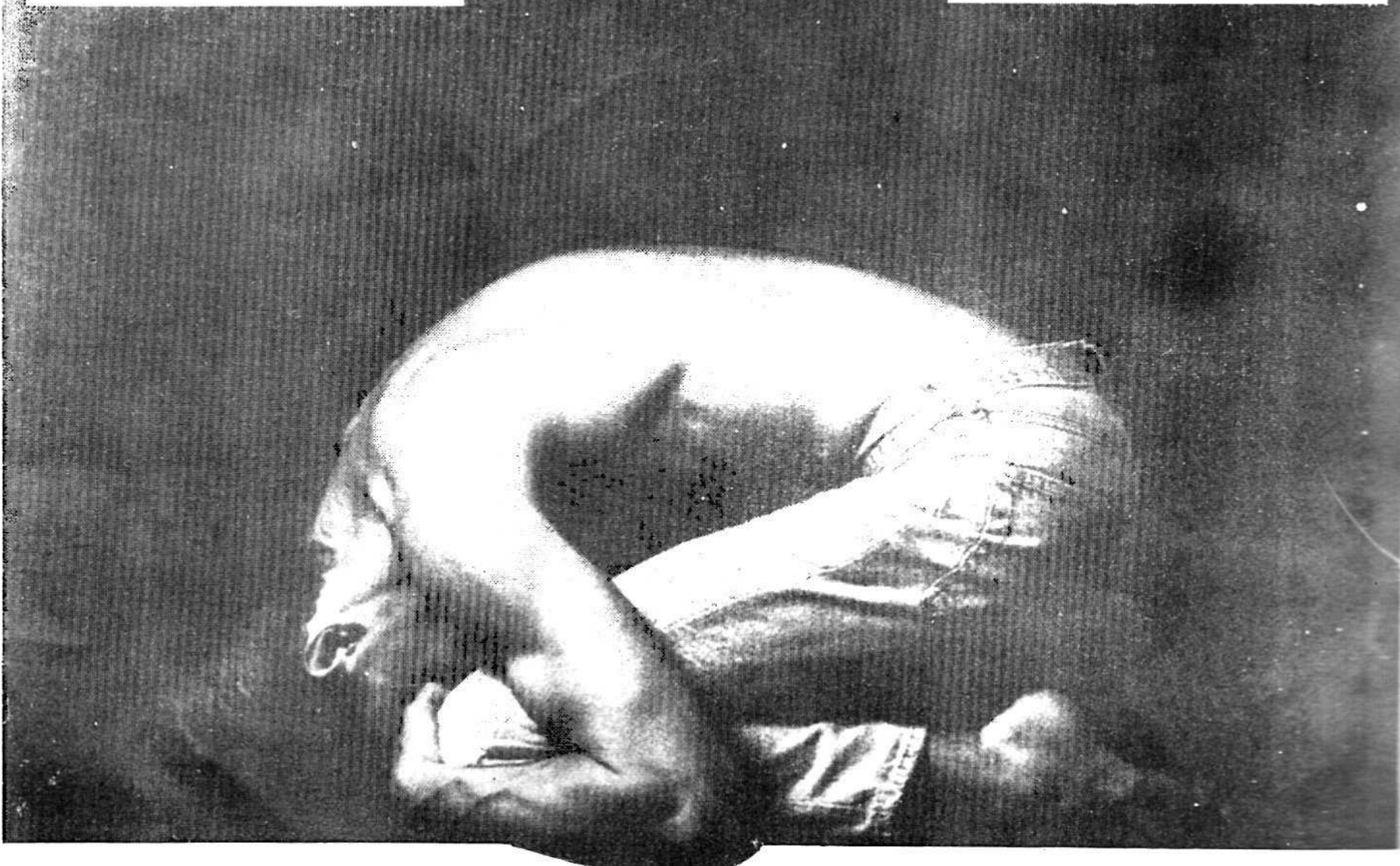
hirnen einnisten.

Die Notwendigkeit klarmachen, bereits heute darüber nachzudenken, wenn es sich als wahr herausstellen wird, daß es nicht "überschwappt". Dann erst wird's richtig problematisch, für diejenigen Randgruppen nämlich, die dann noch nicht aus dem Schneider sind und nicht mehr nur gesundheitlich, sondern vermutlich ungleich stärker noch durch den Mob bedroht sind. Wie also kann es gelingen, die Linke für das Problem AIDS als Menschenrechtsproblem des Bereichs Grund- und Freiheitsrechte zu mobilisieren?

Viertens: Betonen, daß über all den oben gestellten Fragen nicht die Suche nach den Ursachen von AIDS vergessen werden darf. Dies umso mehr, als sich das schwachsinnige Konstrukt der Krankheit - die von "schwulen Niggern aus Afrika" über den Rest der Welt verbreitet worden sein soll, nachdem sie mit afrikanischen grünen Meerkatzen gevögelt haben - als falsch herausstellte, wie selbst AIDS-Papst Montagnier einräumt.

Fünftens: Davor warnen, den KatastrophenpolitikerInnen von CDU bis GRÜN das Feld zu überlassen und sie unkritisiert die Notwendigkeit gentechnologischer Großforschung (wg. AIDS) fordern zu lassen bzw. wie letztere das tun, diese wieder als diskussionswürdig zu behaupten.

Udo Schüklenk



Das falsche Wort

Noch im selben Monat der rassenpolitischen Erlasse der Nationalsozialisten vom 8. Dezember 1938 zur "Bekämpfung der Zigeunerplage" mußte Franz Wirbel seine Lehre als Musikinstrumentenbauer abbrechen. Gleichzeitig wurden seine beiden ältesten Brüder nach Mauthausen und Oranienburg deportiert. Er selbst wurde mit allen ostpreußischen Sinti-Familien, die damals größtenteils seßhafte Bauern waren, im Januar 1942 in das Konzentrationslager Bialystok verschleppt, wo über die Hälfte der Inhaftierten durch Hunger und Massenerschießungen umkam. Die Restlichen wurden 1943 über das Juden-Ghetto Brest-Litowsk nach Auschwitz-Birkenau eingeliefert. Dort wurde Franz Wirbel vor der letzten großen Massenvergasung der Sinti und Roma im August 1944 zu den "Arbeitsfähigen" ausselektiert und nach Buchenwald und Dora-Ellrich zum Untertagebau der V-2 Raketen gebracht. Mutter und Geschwister wurden in Auschwitz ermordet. Sein Antrag auf Entschädigung für erlittene Gesundheitsschäden, Vermögensverlust, Schaden im beruflichen Fortkommen und Tod seiner Angehörigen wurde vom bayrischen Landesentschädigungsamt abgewiesen. Er sei bereits 1942, also vor Himmlers "Auschwitz-Erlass" vom 1. März 1943, inhaftiert worden. Eine Verfolgung aus rassistischen Gründen und damit ein Anspruch auf Entschädigung sei deshalb ausgeschlossen.

Über den Antrag von Willi Franz aus Göttingen, der eineinhalb Jahre im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, urteilte das Oberlandesgericht Celle: "... daß er nicht aus rassistischen Gründen als Zigeuner inhaftiert wurde, denn dann hätte er schon im März 1943 nach Auschwitz deportiert werden müssen. Da er aber erst im Oktober 1943 nach Buchenwald eingeliefert worden sei, könne ihm das nur als Krimineller geschehen sein."

Eine unfaßbare Logik. Die Beispiele von Franz Wirbel und Willi Franz, die keinen Pfennig Entschädigung für die unter der NS-Herrschaft erfahrenen Grausamkeiten erhielten, sind nicht etwa die negativsten unter der sonst positiven Praxis der Wiedergutmachung, wie dies die

Bundesregierung bei einer Anhörung im Juni 1986 glauben machen wollte, sondern exemplarisch für die Ablehnungspraxis der Wiedergutmachungsbehörden.

Was Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden und in deutschen Firmen zu Sklavenarbeit gezwungen waren, zugestanden wird, ist bis heute Sinti und Roma und anderen verfolgten Gruppen versagt worden. Etwa eine halbe Million Sinti und Roma fielen der Rassenpolitik der Nazis zum Opfer. Sie wurden in Konzentrationslagern vergast, erschossen, zu Tode gequält. Zehntausende starben durch Deportation, Sklavenarbeit und durch Erschießungskommandos außerhalb der Konzentrationslager in fast allen Teilen des nationalsozialistisch besetzten Europas. Am 2. August 1944 wurden in Auschwitz-Birkenau 4000 Sinti und Roma in einer Nacht liquidiert, einfach vernichtet, weil sie "Zigeuner" waren. Zuvor hatte man alle "Arbeitsfähigen" ausgesondert. Sie kamen in andere Konzentrationslager und von dort aus zum Arbeitseinsatz in Rüstungsbetrieben, wo sie unter den unmenschlichsten Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Alle Bemühungen des Zentralrats der Sinti und Roma für diejenigen, die

überlebten und aus den Lagern entkommen konnten, zumindest finanzielle Entschädigungen zu erreichen, blieben erfolglos. Nach offizieller Darstellung ist der Mord an ca. 500000 Sinti und Roma, ja sogar der Einsatz von ca. 7 Millionen deutschen und ausländischen Zwangsarbeitern nur aus sicherheitspolizeilichen, kriminalpräventiven bzw. aus kriegsrechtlichen und kriegswirtschaftlichen und nicht allein aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen erfolgt. Die Wiedergutmachungspraxis wurde für Sinti und Roma zu einer Art zweiten Verfolgung, zu einer Neuauflage der nationalsozialistischen Rassenideologie und zu deren behördlicher Rechtfertigung. Es blieben nicht nur all die Beamten, die bei den Nazis mit der Verfolgung der Sinti und Roma beauftragt waren, nach dem Krieg im Amt, sondern saßen den Sinti und Roma als Gutachter im Entschädigungsverfahren gegenüber. (Man stelle sich vor, die deutschen Minister hätten die Ansprüche der Juden auf Wiedergutmachung zusammen mit Eichmann, Heydrich und den damaligen Gestapo-Beamten überprüft.)

So wie die Nationalsozialisten und ihre Rasseforscher die "rassistische Minderwertigkeit" der Sinti und Roma und ihr "ortsfremdes Blut" als "asozial und arbeitsscheu" definierten, so war dem Bundesgerichtshof 1956 in einem Grundsatzurteil zu Entschädigungsleistungen dieser Sprachgebrauch der Nazis gerade recht: "Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremden Eigentum, weil



EL SALVADOR

ARENA des Todes

»Matanza«, das große Schlachten, so hieß der Feldzug der salvadorianischen Militärdiktatur (1932) gegen die aufständischen Bauern, der nur wenige Wochen dauerte und unter Aufsicht der vor der Küste stationierten britischen und US-amerikanischen Kanonenboote

35 000 TOTE

hinterließ. - »Warum sollten wir eingreifen«, so der damals kommandierende US-Offizier, »die Regierung hatte doch die Entwicklung fest im Griff.«

70 000 TOTE

sind das vorläufige Endergebnis der christdemokratischen Regierung Napoleon Duarte. Ermordet durch »Todesschwadronen«, bei Flächenbombardements und Massakern der Streitkräfte im Rahmen des US-gestützten Krieges, der von 1979 bis heute andauert.

Mit der rechtsextremen ARENA-Partei haben sich im März die Hintermänner der Todesschwadronen (Armee & Großgrundbesitzer) durch unrepräsentative »Wahlen« selbst an die Macht gebracht. Orlando de Sola, vom »Miami-Clan« der ARENA, redet jetzt vom »totalen Krieg«, der schnell und effektiv zum Ziel käme:

100 000 TOTE

seien innerhalb von sechs Monaten möglich. Das schreckliche Ausmaß dieses staatlich lizenzierten Tötens läßt sich somit jetzt erahnen. Laut wird innerhalb der TODES-ARENA auch schon darüber nachgedacht, daß zur vollständigen »Ausradierung« der politischen Opposition

200 000 TOTE

notwendig seien: Mitarbeiter von Gewerkschaften, Flüchtlingskommissionen, Genossenschaften, Anwaltskanzleien, Krankenhäusern, Universitäten und Menschenrechtsorganisationen.

Mit den »Wahlen für den Krieg« und der Ablehnung der Friedensvorschläge der Opposition wurden dafür jetzt die Weichen gestellt. Geheime Abkommen zwischen der salvadorianischen Armee und der nicaraguanischen Contra lassen das Schlimmste befürchten: nachdem sie ihr blutiges Geschäft in Nicaragua erledigt haben, sollen Tausende von Contrasöldnern die Armee El Salvadors verstärken.

Nur die weitweite und entschlossene Parteinahme auf Seiten der geschundenen Bevölkerung El Salvadors, die in ihrer Mehrheit demonstrativ den »Wahlen« vom März 89 ferngeblieben war, kann den drohenden Massenmord verhindern.

GLEICHZEITIG RUFT MEDICO ZU SPENDEN AUF, DIE DRINGEND BENÖTIGT WERDEN, UM IN EL SALVADOR LANDESWEIT EINE MEDIZINISCHE NOTVERSORGUNGSSTRUKTUR AUFZUBAUEN.

SPENDENKONTO NR. 1800 ODER POSTGIRO SPARKASSE FRANKFURT 6999-508 KÖLN STICHWORT »EL SALVADOR«

medico international, Obermainanlage 7 6000 Frankfurt 1, Tel. 069-4990041 / 2

Dieser Aufruf kann als Plakat sowie in Form von Handzetteln zum Verteilen auch in größeren Auflagen bei medico abgerufen werden.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Entwicklungshilfe für den ARENA-STAAT sofort zu stoppen! Ihre Aufrechterhaltung dient der Ermunterung derjenigen, die die salvadorianische Todespirale fortzusetzen gedenken.

APPELL AN DIE BUNDESREGIERUNG

STOPP DER ENTWICKLUNGSHILFE FÜR EL SALVADOR
Kostenlose Unterschriftenlisten können
in größeren Mengen zum Verbreiten bei uns bestellt werden.

ihnen wie primitive Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist." Solche Richtersprüche - zehn Jahre nach dem Ende desjenigen Staates, dessen "ungehemmter Okkupationstrieb" in Europa 55 Millionen Menschen das Leben kostete - zementierten die Absurditäten der Ablehnungspraxis. Die Flucht in die Illegalität, um der KZ-Deportation zu entgehen, oder das Vorzeigen gefälschter Personalpapiere als Versuch die sofortige Festnahme und KZ-Einweisung zu verhindern, wurden - "da auch in der neuen Bundesrepublik als Straftat geahndet" - nicht als Ergebnis der Rassenpolitik, sondern als kriminelles Verhalten dargestellt. Deportationen wurden zu "Umsiedlungen" bzw. "Verschickungen", aus KZ-Inhaftierungen wurden "Einweisungen aus sozialen Gründen" gemäß des Erlasses vom 14.12.1937 ("vorbeugende Verbrechensbekämpfung" oder "Kriegsinhaftierungen" und ... "somit keine nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen im Sinne des Entschädigungsgesetzes". Viele Antragsteller mußten sich sogar sagen lassen, daß ihr Aufenthalt in deutschen Firmen bzw. Konzentrationslagern "Arbeitstherapie" gewesen sei. Zudem wurde Eigentum und Vermögen nicht aus rassistischen Gründen, sondern "aus Gründen der Staatssicherheit" konfisziert.

Auch die im Rahmen des Völkermordprogramms vollzogenen Zwangssterilisierungen an Sinti und Roma wurden nicht als nationalsozialistisches Unrecht angesehen, "...weil die Durchführung von Sterilisationen im Rahmen des Erbgesundheitsgesetzes aus der Weimarer Zeit angeordnet wurde."

Die jahre- und jahrzehntelangen "Wiedergutmachungsverfahren" vor Behörden, den untersuchenden Ärzten (wegen verfolgtenbedingten Gesundheitsschäden) und vor den Gerichten wurden für die Betroffenen regelmäßig zu einem ergebnislosen Weg der Demütigungen und Erniedrigungen. Fast jedes Mittel schien und scheint den Wiedergutmachungsbehörden recht zu sein, um Sinti und Roma von Entschädigungsleistungen möglichst vollständig auszuschließen: Von der Berufung von "Zigeunerforschern" wie zum Beispiel Eva Justin, die in ihrer Doktorarbeit 1944 ganz offen den Völkermord per Zwangssterilisation verlangte und in den Wiedergutmachungsverfahren die Rassenpolitik Hitlers und Himmlers als

"Kriminalitäts- und Asozialenbekämpfung" rechtfertigte, bis hin zur gezielten Auswahl von Ärzten, die regelmäßig den betroffenen Sinti und Roma, die in Konzentrationslagern und Firmen durch Folter, Mißhandlungen und medizinische Experimente gesundheitliche Folgeschäden erlitten, eine verfolgungsbedingte Erwerbsminderung verneinten.

Gewissenlos führten sie schwere Unterleibserkrankungen nicht auf die Kälte- und Hungerbedingungen in den Konzentrationslagern zurück, sondern auf einen "unsoliden Lebenswandel" bzw. auf das "Zigeunermilieu". Wochenlange Meerwasserversuche, die den Betroffenen schwerste Nierenschäden zufügten - die Männer vom Fach attestierten eine "gute Durchspülung und Reinigungswirkung der Nieren".

Mit derartigen Gutachten versehen war es für die Behörden ein leichtes, Renten und Vergleichszahlungen für Schaden an Körper und Gesundheit abzulehnen. Aufgrund dieser - nur auszugsweise - beschriebenen, auch von den Gerichten bis zum Bundesgerichtshof mitgetragenen Ablehnungspraxis haben viele der Betroffenen überhaupt auf Anträge oder Weiterverfolgung ihrer Entschädigungsansprüche in den fünfziger und sechziger Jahren verzichtet. Nur in den seltensten Fällen - und dann auch nur nach einer Verfahrensdauer von über zwanzig Jahren - kam es zu einer Wiedergutmachung in Form von Vergleichen in Höhe von wenigen hundert oder tausend Mark, die aber - auf die Sozialhilfe angerechnet - vom Sozialamt sofort wieder eingezogen wurden.

Für die wenigen, die heute noch leben, hätte die Bewilligung von Entschädigungszahlungen sowieso nur symbolischen Wert. Als Wiederherstellung ihrer Würde, als Anerkennung des Unrechtes, das man ihnen angetan hat. Wiedergutmachung ist das falsche Wort. Nicht nur, weil selbst der Versuch einer Wiedergutmachung nicht stattgefunden hat und die Bundesregierung bis heute eine Rehabilitierung der Sinti und Roma verweigert, sondern weil das erlittene Unrecht, Erniedrigungen, unvorstellbare Qualen und die Einmaligkeit der Völkermordpolitik durch die NS-Herrschaft einfach nicht - und betreibe man höchste Anstrengungen - wiedergut-zu-machen ist.

Wolfgang Taul



Die "neue StudentInnenbewegung" des Winters 88/89 hat auch die organisierte HochschulLinke reichlich in Bewegung gebracht. Bequem eingereicht in den linken Nischen der studentischen Selbstverwaltung und mit sich selbst ausreichend beschäftigt, mußte sie mitansehen, wie eine Bewegung an ihr vorbei entstand, die sich in altergebrachte Kategorien nicht einordnen ließ. Die "neue StudentInnenbewegung" legte eine Krise der organisierten Linken an den Hochschulen offen, deren Überwindung nur durch ein grundsätzliches Umdenken gelingen kann. Einen Ansatz stellen hierfür die "Thesen zur neuen StudentInnenbewegung und organisierten Linken oder: Welche Perspektive hat der MSB" dar, die das Sekretariat des MSB Spartakus im letzten Sommer herausgebracht hat und deren Orientierung sich auch der MSB-Bundeskongreß Anfang Oktober angeschlossen hat. Wir dokumentieren Auszüge und Pascal Beucker, RSG-Aussenreferent, nimmt Stellung zu den THESEN, die sich als "Angebot an alle Linken" verstehen.

Türen öffnen!

"Indessen ist das gerade wieder der Vorzug der neuen Richtung, daß wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen. (...) Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß die Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikt mit den vorhandenen Mächten."

Karl Marx (MEW 1, S. 344)

Die bundesrepublikanische Linke befindet sich in einem tiefgreifenden Umgruppierungsprozeß. Sie ist unübersichtlicher geworden - alte Fronten brechen auf, neue Konstellationen entstehen, liebgewordene Feindbilder drohen zu zerrinnen. Bei einem Teil der Linken führt dies zu fast panikartigen Reaktionen: Überall sehen sie den Verrat an der reinen wahren Lehre und reagieren mit Abschottung. Sie haben offensichtlich Angst, daß auch bei ihnen immer mehr Leute damit anfangen, Glauben durch Denken zu ersetzen und so auch der eigene Laden in den Strudel der Veränderung gezogen wird.

Diese Angst ist berechtigt, denn die gegenwärtigen Umgruppierungsprozesse haben ihren Ursprung vor allem in der richtigen Erkenntnis innerhalb verschiedener Zusammenhänge der Linken, daß Besitzstandswahrung, Abgrenzungsrituale und das Weiterwurschteln in altbewährter Manier nichts mehr bringen. Ein Beharren auf der alten Logik hat keine Perspektive, führt nur zu einer weiteren Marginalisierung und zu Sektierertum. Michael Stamm hat das auf dem MSB-Programmkongreß im Herbst 1988 auf den richtigen Punkt gebracht: *"Die bisherige Form der Abtrennung, der inneren Diskurse, der inneren Klärung, wird uns nicht weiterbringen. Wir müssen die Türen gegenseitig etwas mehr aufmachen, weil unsere Kräfte immer weniger ausreichen werden, auch nur ansatzweise die Aufgaben, die objektiv da sind, in Angriff nehmen zu können."* Veränderung ist vonnöten - und diese Erkenntnis wird sich weiter durchsetzen.

Der Prozeß der Neuorientierung, den es ja zur Zeit nicht nur bei einem relevanten Teil des "traditionellen" linken Lagers gibt, sondern zum Beispiel auch innerhalb der Linken in den GRÜNEN, sollte jedoch nicht mit der Propagierung

Sinn und Zweck der Thesen

... Diese Thesen sollen streitbarer Impuls für eine breite Debatte über die Zukunft des MSB sein. ...

Gerade in Zeiten des Umbruchs ist ein Denken, das sich marxistischer Theorie und Methode bedienen will, zu Tabufreiheit herausgefordert. ... Was 1971 galt, muß heute im Licht gesellschaftlicher Umbrüche und neuer StudentInnenbewegung wieder zur Diskussion gestellt werden. ...

These 1

Zur Lage: Orientierungssuche nach dem spontanen Aufschwung - Orientierungslosigkeit der organisierten Linken

... Trotz erster Ansätze von ausstrahlungsfähigen Alternativen ... verfügt die organisierte Linke schon seit längerer Zeit nicht mehr über Meinungsführerschaft in der StudentInnenenschaft. ... Und gleichzeitig: Das Interesse an linker Politik in den Hochschulen, an selbstbestimmter, kritischer Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft hat nicht ab-, sondern zugenommen. ...

... Die Tendenz zur Abgehobenheit und Bürokratie wohnt allen Organisationsformen inne. Die organisierten Linkskräfte wirken dem kaum entgegen: Lähmender innerlinker Streik vor Ort, Verfolgung von Organisationsinteressen, Selbstbeschäftigung, Entpolitisierung sind wohl, in welcher Ausprägung auch immer, an den meisten Orten festzustellen. Der organisierten Linken fehlten zeitgemäßes Politikkonzept und effektive Organisationsformen. ...

These 2:

Trotz wichtiger Ergebnisse der Erneuerung: Eine Trendwende in der MSB-Entwicklung konnte nicht erreicht werden - kritische Phase und Keimformen eines neuen Organisationsverständnisses.

Mit dem 10. Bundeskongreß 1987 hat der MSB mit der Erneuerung von Programmatik, Politik und Arbeitsweise begonnen.

Diese Erneuerung hat vor allem die Glaubwürdigkeit und Ausstrahlungskraft des MSB wieder gestärkt. ...

Trotzdem konnte der seit spätestens 1983 rückläufige Trend in der Verbandsentwicklung nicht aufgehoben oder gar umgekehrt werden ...

Parallel zu den Rückgangstendenzen gibt es eine andere Entwicklungstendenz ... , nämlich eine deutliche Verbreitung der Wahllisten Die Erneuerung hat hier spürbar gemacht, daß Vorurteile gegenüber dem MSB relativiert werden. ...

These 3:

Zwei wesentliche Ursachen: Krise der Politik - Glaubwürdigkeitsverlust der marxistischen Organisationen.

Rückgangstendenzen und Krisenprozesse sind zunächst in den meisten Organisationen im Jugend- und StudentInnenbereich zu beobachten Festgefügte Organisiertheit, geschlossene Weltbilder mit Allwissenheitsgestus werden in immer größeren Teilen der Jugendlichen und werdenden Intelligenz abgelehnt. ...

Die tiefe Krise "unserer" Sache

... Die sich beschleunigenden Rückgangsprozesse in den letzten Monaten widerspiegeln vor allem auch den Taumel der kommunistischen Strömung in der BRD. Eigentlich geht es um die tiefe Krise der Glaubwürdigkeit des Marxismus, der marxistisch-kommunistischen Bewegung, deren Kampf um die "höchsten Ideale der Menschheit" mit den zum Teil erschütternden Ergebnissen und tiefen Deformationen im Sozialismus, in der eigenen Programmatik, Politik und Organisation konfrontiert und in Frage gestellt wird. ...

These 4:

Für eine neue Politik und die Reorganisation der Linken!

Aus den Thesen 1-4 ergibt sich zusammengefaßt: Die Linke muß ihre Politik neu formulieren. ... Eine Reorganisation der Linken könnte die Interessen vieler an kontinuierlichem Engagement, könnte die Ansätze einer neuen Politik ... produktiv machen. Wesentliche Inhalte einer neuen Politik ... könnten kurz gefaßt in folgendem bestehen: *Hochschul- und Wissenschaftsbezug ... Feminisierung ... Antikapitalismus.*

... Wir verstehen das als Angebot an alle Linken in der StudentInnenenschaft gleichberechtigt und gemeinsam über die Zukunft der StudentInnenbewegung und der organisierten Linken an den Hochschulen in die Diskussion zu kommen.

These 5:

Für eine "Doppelstrategie" der Erneuerung:

Profilierung des MSB - Sammlungsprozeß für die Reorganisation der Linken initiieren!

... 1. Inhalte der Politik erarbeiten - Veränderung von "Hochschule 2000". ...

... 2. Weitere Demokratisierung des MSB. ...

... 3. Sammlungsprozeß für die Reorganisation der Linken initiieren!

Wir schlagen vor, auf dem Bundeskongreß in Auswertung der Diskussion über die THESEN einen Aufruf zu beschließen, der auf einen Kongreß im Frühjahr (Februar oder März) 1990 orientiert. Dieser Kongreß "Perspektiven der organisierten Linkskräfte - Perspektiven der StudentInnenbewegung" soll das bundesweite Forum werden, um über die Inhalte und die Idee der Reorganisation einer handlungsfähigen Linken zu diskutieren und die Möglichkeiten dafür zu prüfen. ...

(Wir haben die THESEN aus Platzgründen sehr stark kürzen müssen, wer den vollständigen Text haben möchte, kann ihn bestellen beim MSB Spartakus, Buschstr. 81, 5300 Bonn. - d. Redaktion)

Dokumentation

einer diffusen "Gemeinsamkeit der Linken" verwechselt werden. Es geht nicht um die Postulierung einer faden linken Einheitsposition, bei der zugunsten eines "Minimalkonsenses" oder einer "Null-Plattform" weitergehende Diskussionen abgebügelt werden (wie dies MSB und SHB im Studibereich über ein Jahrzehnt lang versucht haben). Notwendig ist der produktive Streit um linke Inhalte und Strategien - nur so kann eine fundierte Basis für gemeinsames Handeln gefunden werden.

Gerade auch an den Hochschulen ist ein Umdenken angesagt. Die **THESEN** des MSB-Sekretariats stellen hier einen Einstieg in eine gemeinsame Diskussion dar, der MSB hat damit seine Türen geöffnet - zum Teil noch recht vorsichtig, mit eingebauter Rückzugslinie (siehe z. B. die vorgeschlagene **Doppelstrategie: "Erneuerung des MSB" versus "Sammlungsprozeß zur Reorganisation der Linken"**); zum Teil erstaunlich offensiv. Nach fast zwei Jahrzehnten der dogmatischen Verkürzung des Marxismus, einer poststalinistischen Politikkonzeption klingen Sätze in den **THESEN** wie: *"Gerade in Zeiten des Umbruchs ist ein Denken, das sich marxistischer Theorie und Methode bedienen will, zu Tabufreiheit herausgefordert"* wohltuend ungewohnt. Ein gewisses Maß an Mißtrauen bleibt allerdings, sind es doch die gleichen Leute, die sich noch vor ein paar Jahren durch stockautoritäre Organisationsprinzipien, ein quasi religiöses Politikverständnis und die Diffamierung nicht-dogmatischer linker Ansätze hervorgetan haben, die heute das **"Neue Denken"** propagieren - da sind Zweifel erst mal angebracht. Ist es reales Umdenken oder nur die Erkenntnis, *"daß der schon länger wirkende Entwicklungstrend, sollte er nicht umgekehrt werden, die Existenz des MSB in den nächsten Semestern in Frage stellt"*? Geht es nur um eine geschickte neue Bündnisvariante des alten Stils, quasi eine Weiterentwicklung des *Wehrt-Euch-Listen-Modells* oder darum, zu einem ernsthaften Versuch zu einer Reorganisation der Linken auf einer neuen Grundlage beizutragen.

Die **THESEN** enthalten viel Richtiges: Es gibt eine Orientierungslosigkeit der organisierten Linken aufgrund des Scheiterns der alten Konzepte; wir verfügen nicht mehr über eine Meinungsführerschaft in der StudentInnenschaft (Meinungsführerschaft ist halt nicht

gleichzusetzen mit Stupa-Wahlerfolgen); das Interesse an linker Politik an den Hochschulen hat zwar real nicht ab-, sondern zugenommen, manifestiert sich aber nicht in der Organisierung innerhalb der traditionellen Strukturen. Im Gegenteil: Es gibt eine gehörige Abneigung vieler gegenüber den ausgefahrenen Gleisen der Organisationsformen der traditionellen StudentInnenverbände. Allerdings ist es ebenso richtig, wenn festgestellt wird, daß sich die in den StudentInnenprotesten des letzten Wintersemesters entwickelten Ansätze neuer Strukturen inzwischen weitgehend aufgelöst haben und sie auch nicht als **die** neue Perspektive linker Politik an den Hochschulen tauglich sind. Aus all dem wird in den **THESEN**



die Notwendigkeit eines inhaltlichen und organisatorischen Neuanfangs abgeleitet und plädiert für die Initiierung einer strömungsübergreifenden Sammlungsbewegung. So weit, so gut. Aber: Der politische Standort eines möglichen neuen Zusammenhangs (oder auch eines "erneuerten" MSB) bleibt unbestimmt. Hier wird nur ein Rahmen angegeben, der recht nichtssagend ist: *parteionabhängig, nicht sozialdemokratisch, nicht fundamentalistisch* - was heißt das konkret? Auch die propagierte Entwicklung einer "neuen Politik" ist erstmal nicht mehr als eine Worthülse, da unklar bleibt, was das genauer sein soll und worin sie besteht. Die drei genannten Eckpunkte *"Hochschul- und*

Wissenschaftsbezug", *"Feminisierung"* und *"Antikapitalismus"* sind zu allgemein gehalten, um hier Klarheit zu erreichen.

Ein Fehler, der m. E. in den **THESEN** enthalten ist, liegt in der Herangehensweise, daß häufiger ein für den MSB neues Denken einfach auch für andere Linke gleich mit als "neu" definiert wird. Es ist aber unsinnig, wenn das Brechen mit *"Glaubensbekenntnissen an die Weltanschauung Marxismus"* - präziser wäre: Der stalinistischen Deformation des Marxismus - zu einer **gemeinsamen** Grundlage erklärt wird. Wer bisher schon Marxismus nicht als Ersatzreligion aufgefaßt hat, braucht auch nicht mit diesem religiösen Denken zu brechen. Richtig ist allerdings, daß das Aufgeben solcher Vorstellungen durch den MSB (und dem SHB täte das auch ganz gut) erst für andere die Grundlage für eine Intensivierung der Zusammenarbeit schafft. Hierzu gehört auch das Aufgeben der These, die DKP wäre mit den KommunistInnen in der BRD gleichzusetzen. Dies geistert jedoch auch noch durch die **THESEN**, z. B. wenn dort steht: *"Der MSB war nie eine kommunistische StudentInnenorganisation, sondern eigenständig"*. Warum kann eine kommunistische StudentInnenorganisation nicht eigenständig sein? Warum ist eine Organisation nur dann kommunistisch, wenn sie als DKP-Untergliederung existiert? Ich halte das für dogmatischen Unsinn, für ziemlich "altes Denken": Hat der MSB früher behauptet, die DKP repräsentiere die KommunistInnen in der BRD, um so andere Ansätze zu diffamieren, wird heute die gleiche These immer noch vertreten - diesmal allerdings, um sich von der DKP abzugrenzen. Dadurch wird sie jedoch nicht richtiger.

Die **THESEN** werfen viele Fragen auf, etliches erscheint mir auch noch ziemlich unausgegoren. Es ist klar: Umdenken ist keine Sache von heute auf morgen, sondern ein Prozeß - das gilt nicht nur für den MSB. Daher stellen die **THESEN** erstmal einen Einstieg dar, der genutzt werden sollte. Die nächste Zeit wird zeigen, ob eine gleichberechtigte Diskussion ohne Verbandsbornissen sich entwickeln kann, die tatsächlich die Perspektive der Begründung einer gemeinsamen neuen linken Politik an den Hochschulen beinhaltet.

Pascal Beucker

Aufruf zu einem bundesweiten Kongreß „Perspektiven der StudentInnenbewegung – Perspektiven der Linken“

In Erwägung, daß die Lage an den Hochschulen trotz der studentischen Proteste nach wie vor katastrophal ist, wollen wir über Einschätzungen, Konzepte und Veränderungsstrategien, Formen linker Politik in die Diskussion treten.

Zwar wurden "Sonderprogramme" für die Hochschulen durchgesetzt, diese dienen aber zur gezielten Förderung einzelner Fächer, während sich für die Mehrheit der StudentInnen nichts ändert. Das BAFöG wurde lediglich "repariert" statt grundlegend reformiert; immer neue Modelle zur Studienzeiterkürzung und Umstrukturierung der Hochschulen werden vorgelegt.

Die herrschende Bildungspolitik, so scheint es, will die studentischen Proteste zur Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen für eine "Modernisierung" der Hochschulen nutzen.

In Erwägung herrschender "Modernisierungsvorstellungen" brauchen wir ein umfassendes Alternativkonzept. Wir sind gefordert Antworten darauf zu finden, wie ein Studium aussehen kann, daß nicht länger "hilfreiche Zwerge" (Brecht) produziert, sondern die gesellschaftlichen und globalen Probleme zum Bezug hat. Hochschulen, die in diesem Sinne "Zukunftswerkstätten" (Robert Jungk) sind, benötigen solidarische Arbeitsformen und emanzipatorisches Lernen.

In Erwägung, daß rechtsradikale und neofaschistische Gruppen verstärkt an den Hochschulen auftreten, plädieren wir für eine umfassende - inhaltliche wie organisatorische - Auseinandersetzung mit dieser Tendenz.

Mit der Etablierung rechtsradikaler Positionen und ihrer Einflußnahme auf Wissenschafts- und Studieninhalte ist zu rechnen. Auch dies unterstreicht die Notwendigkeit linke und emanzipatorische Alternativen in der Hochschulentwicklung durchzusetzen.

In Erwägung, daß Fraueninteressen an der Hochschule und in der StudentInnenbewegung erst noch durchgesetzt werden müssen, wenden wir uns gegen alle patriarchalischen Strukturen an den Hochschulen.

Wir treten ein für das umfassende Selbstbestimmungsrecht von Frauen, für konsequenten Anti-Sexismus und die gleiche Teilhabe von Frauen in Hochschule und Gesellschaft.

In Erwägung, daß dies alles nicht durch vereinzelte "Sonderprogramme" und nicht alleine an den Hochschulen durchsetzbar ist, stellen wir fest, daß grundlegende Veränderungen von Hochschule und Gesellschaft erforderlich sind.

Einige von uns sind in unterschiedlichen linken Zusammenhängen organisiert, andere nicht. Gemeinsam ist uns die Erfahrung, daß sich Formen und Inhalte linker Politik an den Universitäten, Gesamt- und Fachhochschulen verändern müssen und dazu auch bundesweite Zusammenhänge unerläßlich sind. Daher wollen wir die Vereinzelung linker StudentInnen überwinden, innerlinkes Hick-Hack beenden und auch die traditionellen Organisationsgrenzen zwischen den linken Hochschulgruppen in Frage stellen. Wir wollen dabei weder die Verfaßte StudentInnenschaft ersetzen (im Gegenteil: wir fordern ihre gesetzliche Verankerung in allen Bundesländern mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie!), noch einen diffusen linken Einheitsbrei anrühren. Wir wollen autonom, d.h. unabhängig von Parteien arbeiten und linke Politik, die nicht ständisch-borniert ist, sondern sich an der Notwendigkeit grundlegender, antikapitalistischer Veränderungen orientiert, entwickeln.

Wir haben garantiert keine Antwort auf alle Fragen, aber Interesse an einer breiten Diskussion darüber, wie eine Zusammenführung bisher getrennter linker Positionen an den Hochschulen und/oder ein organisatorischer Zusammenschluß linker StudentInnen aussehen könnte.

Wir rufen daher zur Teilnahme an einem bundesweiten Kongreß "Perspektiven der StudentInnenbewegung - Perspektiven der Linken" (Arbeitstitel) am 3./4. Februar 1990 in Dortmund auf!

ErstunterzeichnerInnen: Pascal Beucker (RSG-Außenreferent; VDS-KA), Bernhard Bleckmann (MSB; AStA-Sprecher Uni Dortmund), Frank Brüning (unorganisiert; AStA HWP Hamburg), Jörg Bühler (AStA HWP Hamburg), Stefan Christen (MSB; AStA HWP Hamburg), U-AStA der Uni Freiburg, Winnie Gebker (unorg.; Liste "Lichtblick", FH Köln), Ute Hantelmann (unorg.; AStA FH Hamburg), Hermann Hardt (GAL; AStA-Vorsitzender FH Hamburg), Oliver Jennen (unorg.; AStA-Referent Uni Bochum), Georg Kappes (RSG Bochum), Liste Undogmatischer StudentInnen an der Uni Bonn (LUST), Carsten Lüdersen (MSB; SP-Präsident FH Hamburg), Kay Müllges (MSB-Sekretär für Hochschulpolitik), Norbert Preußner (Uni Freiburg), Bernd Richter (MSB; Uni Hamburg), Dirk Sawitzky (RSG; U-AStA Uni Freiburg), Roger Schlicht (MSB; Uni Hamburg), GAL RAZZIA GH Duisburg, Linke Liste a.d. GH Duisburg, Iris Todtenberg (MSB; AStA HWP Hamburg), Stefan Vogt (Fachschaft Geschichte Uni Freiburg), Stefan Weber (für die RSG Uni Köln; AStA-Referent), Sven Wolf (unorg; AStA HWP Hamburg).

200 Jahre französische Revolution

1789 - französische Revolution. Was fällt uns zu diesem Datum an markantem ein?

Zunächst: die Guillotine. Dieses Ding, dessen Name so viele Rechtschreibfehler zuläßt und das laut Brockhaus "seit 1792 (aufgrund eines Dekrets der Nationalversammlung vom 25.9.1791) das Hinrichtungsgesetz der französischen Revolution [ist], durch das mittels eines schnell herabfallenden Beils der Kopf vom Rumpf getrennt wird. ..." Dieses Ding, das am 21. Januar 1793 dazu diente, den Herrn L. Capet ins sog. Jenseits zu befördern und das 150 Jahre später dazu diente, die Geschwister Hans und Sophie Scholl zu ermorden.

Nein, zur französischen Revolution fällt nicht nur die Maschinerie der Vernichtung ihrer Gegner ein.

Das Jahr 1789 markiert das Datum, an dem das Ende der absoluten Monarchen eingeläutet wurde. Zwar gab es zuvor schon die Beschränkung der Macht des englischen Königs, 1215 festgeschrieben in der Magna Charta libertatum (wobei nicht das Volk, sondern die Barone dem König die Federn rupften). Zwar gab es in etwa zeitgleich die Formulierung der fundamentalen

Menschenrechte durch die neu gegründeten Vereinigten Staaten von Amerika. Doch hatten diese beiden Ereignisse auf dem europäischen Kontinent keine Wirkung.

Erst durch die französische Revolution, so pervertiert sie in ihrem weiteren Verlauf durch so eine Figur wie Napoleon wurde (letzterer bildet ihren Schlußpunkt), konnten die ausgebeuteten Menschen Mitteleuropas wieder Hoffnung auf Freiheit und die Illusion eines besseren Lebens in Freiheit haben.

Gerade weil erst im Laufe des Revolutionsprozesses das französische Volk (zunächst vor allem das Volk von Paris) immer mehr die Initiative an sich riß und diese später auch wieder verlor, kann diese Revolution als Paradebeispiel und Lehrstück einer Volkserhebung dienen. Die französische Revolution ist letztlich ein didaktisch wertvolles Ereignis, an dem gezeigt werden kann, wie die Politik funktioniert und wie so etwas wie Massenpsychologie funktioniert. Darin liegt die Aktualität des Ereignisses.

Und auch jenseits aller verständemäßigen Erfassung gibt es, sobald das Stichwort "französische Revolution" fällt, auch so etwas wie eine gewisse Faszination über die Radikalität der Jakobiner und eine "klammheimliche Freude" (hier sei sie erlaubt; an anderer Stelle zeugte sie nur von politischer Dummheit) über das Ende des Herrn Capet.

Zu dem Ereignis von 1789 sind viele Bücher erschienen. Ich will hier nur drei herausheben, die durch ihre Perspektive der Ereignisse sich von allen anderen abheben. Dies sind:

Markov, W. & Soboul, A. (1989). 1789: Die große Revolution der Franzosen. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 19,80.

[Taschenbuchausgabe ohne Bildteil]

Markov, W. & Soboul, A. (1989). 1789: Die große Revolution der Franzosen. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 68,-. [große Ausgabe mit ausführlichem Bildteil]

Jeschonnek, B. (1989). Revolution in Frankreich, 1789-1799: Ein Lexikon. Köln: Pahl-Rugenstein. DM 48,-.

Die Preise der letzten beiden Bücher sind stolz, was um so weniger verständlich ist, wenn die LeserIn feststellt, daß sie nicht innerhalb der BRD gedruckt wurden. (Ausführungen über die wirtschaftliche Tätigkeit des Verlages Pahl-Rugenstein im Kapitalismus lasse ich an dieser Stelle.) Der Preis der Taschenbuchausgabe scheint dagegen angemessen kalkuliert.

Zu empfehlen ist besonders die große Ausgabe des Buches von Markov/Soboul, da hier ein spannend und informativ geschriebener Text mit einer ausführlichen Bilddokumentation kombiniert werden. Selten wird die französische Revolution in den 1989 zum Jubiläum erschienenen Büchern so umfassend dargestellt. Es ist halt immer das gleiche Lied: Die besten Bücher stehen entweder irgendwann in den Bibliotheken, oder mensch kann nur hoffen, sie zu Weihnachten oder an Geburtstagen geschenkt zu bekommen. Wer bis dahin nicht warten will, sollte sich wirklich die Taschenbuchausgabe von Markov/Soboul kaufen.

Das Buch von Jeschonnek ist eine gute Ergänzung, wenn spezielle Stichworte kurz und prägnant nachgesehen werden müssen.

Karl-Wilhelm Höffler

Postvertriebsstück 7.7408 I
DJD, Reuterstraße 44, 5300 Bonn I

